Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatl. 6 M durch Boten bezogen monatlich 6.75 M; bei Postbezug monatlich 7 M. frei Haus. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 30 Pf. Postscheckkonto Leipzig 16654. Geschäftsstelle Hälterstr. 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der 8gesp. Millim. Zeilenraum 35 Pf. und der 3gesp. Millim. Reklamezeilenraum M 1.50. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Ziffergebühr 50 Pf., Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Nr. 241. Donnerstag, den 13. Oktober 1921. 161. Jahrgang.

Die Teilung Oberschlesiens beschlossen?

Der Völkerbundsbeschluß bereits in Paris. — Kabinettsneubildung durch Wirth?

Der voraussichtliche Teilungsplan.

Die Beratung über Oberschlesien beendet.

Die Tagung des Völkerbundsrates über die oberschlesische Frage ging gestern zu Ende. Gegen 6 Uhr abends unterzeichneten die Ratsmitglieder das Schlußprotokoll. Noch am Abend reiste ein besonderer Kurier nach Paris ab, um dem Präsidenten des Obersten Rates, Briand, das Gutachten des Völkerbundsrates zu überbringen.

Die amtliche Mitteilung, die gestern abend ausgegeben wurde, vermeidet jede Angabe über die Grenze, teilt aber mit, daß sie durch das Industriegebiet gehe. Im übrigen halten die Mitteilungen ausschließlich der Vereinbarungen, mit deren Hilfe die wirtschaftliche Ungeheuerlichkeit dieser neuen Grenzführung abgeschwächt werden soll. Die wichtigsten Bestimmungen beziehen sich auf die Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzlichen Zahlungsmitteln in den an Polen abgetretenen Gebieten, die Eisenbahnfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für gewisse Produkte wie Kohle und Zink und den Schutz der politischen Minoritäten. Alle diese Bestimmungen gelten nur für eine Uebergangszeit, die in den einzelnen Fällen verschieden bemessen ist und höchstens 15 Jahre dauern soll.

Wie der „Temps", scheinbar zutreffend, zu melden weiß, wird die Grenzlinie folgendermaßen verlaufen:

1. Polen erhält die beiden südlichen Distrikte von Pleß und Rybnik zum großen Teil.

2. Der Industriebezirk wird für beide Teile aufgeteilt. Deutschland behält die beiden westlichen Kreise Gleiwitz und Hindenburg — Beuthen-Stadt. Polen erhält die Kreise Königshütte, Beuthen-Land, Kattowitz-Stadt und Kattowitz-Land.

3. Die beiden Kreise im Westen von Oberschlesien Tarnowitz und Lublinitz werden in ihrem östlichen Teile Polen im westlichen Teile Deutschland zugesprochen.

4. Deutschland behält die anderen oberschlesischen Kreise im Norden und in der Mitte, Rosenberg, Kreuzburg, Oppeln, Großstrehlitz, Tost, Cosel, Oberglogau, Leobschütz, Ratibor.

Was das wirtschaftliche Regime betrifft, glaubt der „Temps" zu wissen, daß eine Kommission die Aufgabe haben würde, den Verkehr, die Wasserversorgung und die anderen ähnlichen Fragen wirtschaftlicher und technischer Art zu regeln. Die Kommission die wahrscheinlich nur drei Personen umfassen werde, würde ihre Tätigkeit zehn Jahre lang ausüben. Dieser Zeitraum werde indessen abgekürzt werden können, wenn beide Teile einig seien, oder auch verlängert, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellt.

Die Veröffentlichung der Entscheidung.

Deutschland kann warten.

Der Beschluß des Obersten Rates soll erst nach erfolgter Motivierung an die Regierungen in Berlin und Warschau veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung in den Entente-hauptstädten soll vor den versammelten Pressevertretern stattfinden. In Paris wird Tardieu und Bourgeois, in London Balfour und in Rom Imperiali, in Genf der Generalsekretär Sir Erik Drummond der Presse den amtlichen Text mitteilen.

Es ist unwahrscheinlich, daß die Hauptmächte die Entscheidung vor Beginn der nächsten Woche Polen und Deutschland bekannt geben werden. Es verlautet, daß General Leroud in Oberschlesien die Entscheidung 48 Stunden vorher mitgeteilt werde, damit er alle Maßnahmen treffen könne, die vielleicht notwendig sind, um etwaige Unruhen zu verhüten.

Englands Umfall im letzten Augenblick.

Wie das holländische Handelsblatt meldet, stellte sich erneut die Tatsache heraus, daß auch in diesem Falle Englands Umfall im letzten Augenblick die für Deutschland ungünstige Entscheidung über Oberschlesien herbeigeführt habe. In diplomatischen Kreisen wird versichert, daß Frankreich in Genf gegenüber Japan und Spanien durch Konzessionen verstanden hat, sie zu seiner Ansicht zu bekehren. (Das nennt man das „unabhängige Schiedsgericht"!)

Eine Sonderkonferenz des Obersten Rates.

„Evening Standard" berichtet, es sei sehr wahrscheinlich, daß eine Sonderkonferenz des Obersten Rates einberufen werde, um den vom Völkerbundrat verfaßten Bericht zu beraten. Man glaubt, daß die Konferenz des Obersten Rates innerhalb der nächsten 8 bis 10 Tage in London stattfinden werde.

Frankreich droht mit der Besetzung des Ruhrgebietes

Die gesamte französische Presse gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Kabinett Wirth, wenn es in letzter Stunde auf die Folgen aufmerksam macht, die ein ungünstiger Schiedsspruch zur Folge haben könnte, eine Erpressung (!) ausüben wolle. Aber die Blätter lassen gar keinen Zweifel darüber, daß alle Folgen, von denen man in Deutschland nachdrücklich spricht, in Frankreich keinen Eindruck machen würden. Man geht so weit, Deutschland zuzurufen, daß jede Auflehnung gegen den Völkerbundsbeschluß die

sofortige Besetzung des Ruhrgebietes

zur Folge haben werde. Diese würde den Protest keines einzigen der Alliierten zur Folge haben. Der Trost, den die „Victoire" Deutschland gibt, daß vielleicht in 20 Jahren Deutschland das Recht haben könnte, die Einverleibung der 6 Millionen Deutsch-Oesterreicher zu verlangen, ist in jeder Hinsicht viel zu mager, um in Deutschland Eindruck zu machen.

Der „Temps" erklärt, wenn Deutschland unter dem Vorwand des teilweisen Verlustes des oberschlesischen Industriegebietes sich seinen Verpflichtungen entziehen wollte, würde es eine Abenteuerpolitik einleiten, deren ernste Folgen es zu seinem Schaden sehr bald feststellen würde. Das deutsche Volk müßte sich in seinem eigenen Interesse einer Entscheidung beugen, die mit der hohen Absicht getroffen wurde, ein Werk der Billigkeit zu vollbringen und den Frieden Europas, wie er durch den Sieg der Alliierten hergestellt worden sei, zu festigen.

Englands zweideutige Haltung.

Der deutsche Botschafter Sthamer begab sich sofort nach seiner Rückkehr aus Berlin zu Lord Curzon, den er bat, in der oberschlesischen Frage zu intervenieren. Lord Curzon erwiderte, daß England in der Angelegenheit nur eine Pflicht habe: Die Ausführung der Entscheidung des Völkerbundsrates zu sichern.

Wie Reuter erfährt, ist der Bericht aus Berlin durchaus unbegründet, wonach die britische Regierung die deutsche bei einer Stellungnahme gegen die Entscheidung des Völkerbundrates in der oberschlesischen Frage unterstützen würde. Es sei in London nicht einmal bekannt, ob der Völkerbundrat die Vorschläge des Unterausschusses gebilligt habe. Es werde als wesentlich betrachtet, daß die deutsche und polnische Regierung sich vorbereiten, die Entscheidungen des Obersten Rates loyal durchzuführen.

„Daily Chronicle", das Blatt Lloyd Georges erklärt dagegen, England werde den Beschluß des Völkerbundes in loyaler Weise annehmen. Das bedeute jedoch nicht, daß England nicht versuchen werde,

durch rechtmäßige Mittel seinen eigenen Standpunkt durchzubringen.

Deutschland habe das bessere Recht auf Kohle und Eisen, denn sie seien notwendig für den wirtschaftlichen Bestand Deutschlands und aus anderen idealen Gründen. Kompromisse seien ein herrliches Ding, sie könnten jedoch zaghaft sein bis zur Feigheit. Aus diesem Grunde stehe der Völkerbund auf dem Spiel.

Drahtlos wird folgende Nachricht verbreitet: Die Erregung in Deutschland über die erwartete Entscheidung der oberschlesischen Frage betrachtet man in London zum großen Teil als Mache.

Der Kampf um die Ministersessel beginnt.

Wirth soll auch das neue Kabinett bilden.

In der Mittwoch-Nachmittagssitzung des Reichskabinetts wurde in Anwesenheit des Reichspräsidenten einstimmig beschlossen, daß Dr. Wirth, sollte es zu einem Rücktritt der Reichsregierung kommen, gegebenenfalls mit der Bildung der neuen Reichsregierung beauftragt werden wird. Eine

Willkür statt Recht.

Nunmehr steht es fest, daß die Entscheidung über Oberschlesien in Genf gefallen ist, und es ist nur mehr eine Frage von Stunden, bis sie uns in dem ganzen Umfang ihrer furchtbaren Wirklichkeit bekannt gegeben wird. Ein farbiges Gemisch von Vertretern der verschiedensten Weltvölker, die die geradezu lächerliche Unverschämtheit haben, sich als Sachverständige über ein Problem zu bezeichnen, von dem sie unmöglich etwas verstehen können, hat diese Entscheidung gefällt, die im Herzen Europas eine Wunde aufreißt, die immerfort bluten wird, bis ein Arzt der Tat kommt, um sie zu schließen. Verfrüht, heute schon in eine Prüfung über die Einzelheiten dieses Entscheides einzutreten, der ja noch nicht im Wortlaut vorliegt, aber im Prinzip so unmöglich ist, daß wahrscheinlich jede Prüfung dieser Einzelheiten überhaupt eine unnütze Arbeit bedeutet.

Nie und nimmer kann dieser Beschluß von Deutschland anerkannt werden. Nie und nimmer ist es denkbar, daß sich in Deutschland eine Regierung findet, die sich zu einem Kuhhandel über einen derartig unmöglichen Entscheid bereit erklärt. Man ist von deutschen Regierungen ja allerhand gewohnt, aber auch der Nachgiebigste und Schwächste sammelt den letzten Rest seiner Kraft zur Gegenwehr, wenn er zur Verzweiflung getrieben wird. Deutschland muß verzweifeln, wenn dieser Beschluß des Völkerbundes in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Die Grundlage seines staatlichen und wirtschaftlichen Lebens wird ihm durch den Verlust des oberschlesischen Industriegebietes entzogen. Es ist zu Ende mit dem deutschen Wiederaufbau, zu Ende mit der Abtragung der allzu leichtfertig übernommenen Schuldverpflichtungen, zu Ende mit der Ruhe und Ordnung in Deutschland.

Was kommt, welche furchtbaren Tage des Leidens uns die zwangsläufige Entwicklung noch vorbehalten hat, vermag heute no chkein Mensch zu sagen. Schon sehen wir die ersten Trümmer.

Mit Recht wies das „Berliner Tageblatt" darauf hin, daß Deutschland (will sagen die Reichsregierung) während der ganzen Tagung des Völkerbundsrates in Genf eine Zurückhaltung geübt habe, die sich jetzt bitter räche. Tatsächlich hat der Völkerbundrat hinter verschlossenen Türen verhandelt und war, wie hinlänglich bekannt ist, den Einflüssen französischer oder Frankreich freundlicher Diplomaten in weitestem Maße zugänglich. Die Regierung hat während der letzten Wochen, worauf wir wiederholt hingewiesen haben, die Wichtigkeit der oberschlesischen Frage anscheinend vergessen gehabt, denn sie nahm stillschweigend die Nachrichten hin, daß ein Tschecheche zum Sachverständigen ernannt wurde, sie ließ die Dinge laufen und dachte mehr an innerpolitische Machtkämpfe als an die wichtige Entscheidung, die in Genf fallen sollte.

Es ist gleichgültig, ob das Kabinett Wirth zusammentracht und vom ganzen Volk als der Exponent der in die Katastrophe führenden verfehlten Politik mit immer lauter werdenden Flüchen belegt wird; es ist gleichgültig, ob die gegebenen Unterschriften nun von der Gegenseite erneut mit militärischen Machtmitteln zur Geltung gebracht werden — in diesem Augenblick werden alle diese Ueberlegungen verdrängt durch die schreckhafte Erkenntnis, die den zum Tode verurteilten angesichts des Richtbeils überfällt: Es ist aus! Nein, es ist wirklich nicht an der Zeit, nun darüber zu rechten, wer die Verantwortung zu tragen hat. Erst müssen wir die Katastrophe in ihrem ganzen Umfang ermessen können, erst müssen wir noch einmal letzte Kräfte — letzte Kräfte des ganzen Volkes — auf das Höchste anspannen in der Suche nach einem Ausweg. Ein Ertrinkender greift nach einem Strohhalm. Jeder Strohhalm soll uns recht sein, danach zu greifen. Die französische Presse ist einmal nicht schlecht unterrichtet, wenn sie schreibt, daß in Deutschland sich eine furchtbare Erregung ansammle, die sich bei der Bekanntgabe des endgültigen Beschlusses zur Siedehitze steigern könne. Sie spricht aber wider besseres Wissen, wenn sie von einer „nationalistischen Kampagne" redet, die sich in Gewalttaten äußern könnte. Zu Gewalttaten ist das zusammengebrochene, von Parteihaß zerfetzte und völlig entwaffnete Deutschland nicht mehr fähig, es sei denn zu Gewalttaten eines Bevölkerungsteiles gegen den anderen. Deutschland hat keine Machtmittel mehr in der Hand, um sich einer Vergewaltigung und einer Verstümmelung erwehren zu können. Deutschland kann nicht einmal, wie die Pariser Presse fürchtet, die unterschriebenen Verträge von Versailles oder von Wiesbaden einfach zerreißen. Aber Deutschland kann auch diese Verträge nicht erfüllen. Niemals haben wir an die Möglichkeit ihrer Erfüllung geglaubt, aber es gab große Kreise im deutschen Volke, die meinten, wenigstens den Versuch unternehmen zu müssen. Dieser Versuch stand auf der einzigen Grundlage, daß Oberschlesien ganz und ungeteilt beim Reiche bliebe. Diese Grundlage ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211013-19/fragment/page=0001

zuzogen, der Versuch muß aufgegeben werden und kann niemals wieder, auch nicht unter der Drohung gezückter Bajonette wiederholt werden. Ohne Oberschlesien ist Deutschland ein lebender Leichnam und dieser Leichnam wird in eine langsame Verwesung übergehen, die ganz Europa verpesten muß.

---

endgültige Stellungnahme zur Rücktrittsfrage erfolgt erst nach Eintreffen der offiziellen Meldungen über Oberschlesien. Der Reichskanzler wird wahrscheinlich im Laufe des Donnerstag sich mit den Parteiführern in Verbindung setzen. Es besteht nach wie vor der Wunsch nach einem Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei. Es scheint, als ob sich bereits wieder die fraktionelle Kulissenschieberei in übelster Weise bemerkbar mache. Die Mehrheitssozialisten und auch ein Teil der Demokraten versuchen, ihren Schützling Dr. Wirth über das schwankende Seil dieser Katastrophenlage hinwegbalancieren zu lassen, um ihn in ein neues Ministerium hinüberzuretten. Es ist symptomatisch, daß sich die Herren Ebert und Wirth mit den Führern der Sozialdemokraten und den sozialistischen Ministern zu ganz besonders langen und intimen Beratungen zurückzogen. Im Kabinett Wirth ist eben immer noch neben dem Zentrum die Sozialdemokratie Trumpf.

Ob sich Dr. Wirth dazu entschließen wird, ausdrücklich in amtlicher Weise zu erklären, daß mit diesem Entscheid des Völkerbundes auch der Versailler Friedensvertrag außer Kraft gesetzt sei und wir nicht mehr in der Lage seien, unsere Verpflichtungen zu erfüllen, bleibt abzuwarten.

Als unbedingt erforderlich wird aber angesehen, daß nunmehr endlich dem deutschen Volke klar gemacht wird, daß es mit seiner Parteizerrissenheit in diesem Augenblick nicht weiter kommt, sondern die geschlossene Front nach innen und außen unter der Führung verantwortungsbewußter Männer notwendiger denn je ist.

Die Stellung der Parteien

zu der Frage, ob das Kabinett Wirth zurücktreten solle oder nicht, läßt sich ungefähr so formulieren: Die Demokraten sind der Meinung, daß das Kabinett sofort seine Demission beschließen müsse, wenn auch vorläufig nur konditionell, d. h. für den Fall, daß die offiziell bekanntgegebene Entscheidung des Völkerbundsrats wirklich so lauten sollte, wie aus den bisherigen Berichten zu entnehmen ist. Die Sozialdemokraten warnen dagegen vor übereilten Schritten und raten auf jeden Fall zunächst die offizielle Mitteilung der Beschlüsse des Völkerbundsrates abzuwarten, ehe endgültig Stellung genommen werde. Alle Koalitionsparteien scheinen, wie die „Voss. Ztg." mitteilt, übereinstimmend der Meinung zu sein, daß die unterbrochenen Verhandlungen über die Bildung einer Koalition der Mitte und über die Umbildung des Reichskabinetts fortgesetzt und zu einem Abschluß gebracht werden sollen, nur daß es sich dann nicht um eine Um-, sondern Neubildung des Reichskabinetts handeln würde. Wenn aber diese Absichten bestehen, dann ist es unverständlich, meint das Blatt, warum man durch eine Gesamtdemission die Schwierigkeiten dieser Verhandlungen über die Koalition noch steigern will.

Einen klareren Blick für die Lage der Dinge scheinen sich die Sozialisten in Oberschlesien bewahrt zu haben, indem sie an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei das dringende Ersuchen richteten, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Frage ihre Ämter im Reichskabinett niederzulegen und zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermöge.

Ein harmloser Protest.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Gewerkschaftsring der deutschen Arbeiter- Angestellten- und Beamtenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Beamtenbund haben an den Völkerbundsrat, an Lloyd George und Briand telegraphiert, daß eine Teilung Oberschlesiens zur Folge haben würde, daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands auf alle sich aus Teil 13 des Friedensvertrages ergebenden Maßnahmen (Organisation der Arbeit) verzichten müßte.

Berliner Pressestimmen.

Das „Berl. Tagebl." bringt die Schlußrede des Grafen Ishii und bemerkt dazu: Wenn der japanische Diplomat glücklich lächelnd versichert, der Völkerbundsrat habe seine Aufgaben im Geiste der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit erfüllt, so muß demgegenüber erklärt werden, daß der Völkerbundsrat mit kurzsichtigen Beschlüssen und unter voller Mißachtung begründeter Rechte handelte. Der Vicomte Ishii meint, man habe in Genf für die Aufrechterhaltung des Friedens Europas und der ganzen Welt gearbeitet. Nein! Man hat alle friedliche Stimmung vernichtet und eine unheilvolle Saat der Zwietracht gesät. — Die „Tägl. Rundschau" betont, Deutschland werde sich nie und nimmer mit den gefaßten Beschlüssen zufrieden geben. Es werde sein gutes Recht mit allen Mitteln, die auch dem Wehrlosen zur Verfügung stehen, verteidigen. — Der „Vorwärts" berichtet: Manches, was heute in Deutschland geschehen könnte, wäre menschlich begreiflich. Vieles davon wäre politisch unklug. Daß Wirth gehen will, ist verständlich. Unverständlich wäre es, wenn man ihn gehen ließe. (Aber er will ja garnicht gehen! D. R.)

Die Wirkung auf den Markkurs.

Die ungünstigen Nachrichten über Oberschlesien und die kritische innerpolitische Lage haben an der Börse zu einer neuen außerordentlich scharfen Steigerung der fremden Devisenkurse geführt. Der Dollar erreichte einen neuen Rekordstand mit 133.

* * *

Zur Bezahlung der deutschen Schulden.

Neue englische Vorschläge?

Die „Daily Mail" melden, daß die Regierung die Frage der Bezahlung der deutschen Entschädigungen und den Einfluß, welche diese Zahlungen auf den britischen Handel haben werden, untersucht. Es sollen bereits Vorschläge vorbereitet sein, um die Bezahlung der Entschädigung neu zu regeln.

Gegen die Frankwährung im Saargebiet.

Die politischen Parteien, die die überwiegende Mehrheit der Saargebietsbevölkerung umfassen, haben an den Völkerbundsrat in Genf ein Telegramm gerichtet, in dem sie erklären, der überwiegende Teil der Saargebietsbevölkerung erhebe aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nachdrücklich seine Stimme gegen jede weitere Einführung der Frankwährung. Der Völkerbundsrat hält im Dezember eine neue Tagung in Genf ab, auf deren Tagesordnung die Frage der Frankwährung im Saargebiet steht.

* * *

Verhaftung deutscher Offiziere.

Die belgische Besatzungstruppe macht sich lächerlich.

Einer Havasmeldung zufolge, hat die belgische militärische Sicherheitspolizei in Krefeld am Sonnabend 31 Offiziere der alten deutschen Armee in dem Augenblick verhaftet, wo diese in einem Hotel der Stadt zu einer „geheimen Sitzung" zusammentreten wollten. Unter den verhafteten Offizieren, die alle Mitglieder des „Falkenstein-Vereins" waren, befindet sich auch der Generalleutnant Merlens, der seinen Wohnsitz in Koblenz hat. Infolge der Verhaftungen wurden auch verschiedene Haussuchungen vorgenommen, die angeblich zur Entdeckung von Dokumenten von höchstem Interesse über die „Organisation der Revanche" im Rheinland geführt haben sollen.

An zuständiger Stelle erfährt die „Voss. Ztg." dazu, daß es sich tatsächlich um eine kameradschaftliche Zusammenkunft ehemaliger Offiziere des früheren 56. Weseler Infanterieregiments (Vogel v. Falkenstein) handelt. Von einer geheimen Verschwörung könne keine Rede sein. Bis auf einen werden sämtliche Verhafteie noch in Gewahrsam gehalten.

Schutz der Beschlichkeit durch den Betriebsrat.

Der Direktor des Berliner Wohnungsamtes hat vor Gericht anläßlich eines Bestechungsprozesses erklärt, ihm seien Bestechungsfälle seiner ihm unterstellten Beamten bekannt. Er sei aber durch den Betriebsrat am Einschreiten verhindert worden. An diesem geradezu unerhörten Fall erweist sich wieder einmal, zu wessen Gunsten die angeblich „demokratischen" Einrichtungen der deutschen Republik eigentlich wirken. Berlin, das seit der letzten Stadtverordnetenwahl unter roten Mißwirtschaft seufzt, ist ein abschreckendes Beispiel für alle anderen deutschen Städte, die durch die Wahlschlapphei des Bürgertums in Gefahr gebracht werden, der roten Macht zu verfallen.

Die Umsatzsteuer im Reichswirtschaftsrat.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm mit 14 gegen 3 Stimmen den in Abänderung des Umsatzsteuergesetzes vom 24. 12. 1919 vorgeschlagenen neuen Steuersatz von 2½ Prozent an.

Zum Andenken an unsere Kolonialhelden.

Ein unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Ing. Müller gebildetes Komitee zur Aufstellung der Denkmäler aus den Kolonien wird zunächst auf Privatkosten die an Deutschland zurückgegebenen Statuen von Wißmann und Peters aufstellen lassen.

Zusammenschluß im Zeitungsgewerbe.

Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger und der Verein Berliner Zeitungsverleger haben beschlossen, künftig in wirtschaftlichen und Tariffragen zusammen zu arbeiten.

Ungarische Rüstungen gegen Oesterreich.

Es erscheint sicher, daß die Ungarn ein großes Unternehmen gegen Wienerneustadt planen. An der Ostgrenze des Burgenlandes, im südlichen Teile, und am Neusiedlersee seien Truppenmassen zusammengezogen, die heute bereits nach vorsichtigen Schätzungen 40 000 Mann betrügen. Die Ungarn machten zwei Stoßkolonnen marschfertig, von denen die eine einen Angriff auf Wienerneustadt unternehmen, die andere zunächst gegen den Semmering und von da auch ebenfalls gegen Wienerneustadt vorgehen sollte.

Die Hauptleute Prybhil u. Castsy des österreichischen Alpenjägerbataillons wurden unter dem Verdacht des Einverständnisses mit ungarischen Bandenführern und des Diebstahls von Maschinengewehren verhaftet.

Der Organisator des westungarischen Aufstandes erschossen.

Prager Blättersimmen zufolge wurde der eigentliche Organisator des westungarischen Aufstandes, der ungarische Oberleutnant Pronay, gestern erschossen.

Drei Milliarden Defizit des französischen Staatshaushalts.

Das Defizit des französischen Staatshaushalts beträgt zwei Milliarden. Dazu kommen Teuerungszuschläge für Beamte und andere Ausgaben, wodurch das Defizit auf 3 Milliarden steigt. — Die Finanzkommission der Kammer will vor allem am Heeresetat Streichungen vornehmen. Gegen den heftigen Widerstand des Generalstabes wurde die französische Armee durch längere Beurlaubungen und Entlassungen von 800 000 auf 500 000 Mann herabgesetzt.

Serbische Truppen dringen in Albanien ein.

Aus Valona wird gemeldet: Drei serbische Regimenter mit zahlreicher Artillerie und Maschinengewehren haben die Drina überschritten und vier albanische Dörfer besetzt. Die albanische Regierung hat beim Völkerbund und bei der Botschafterkonferenz Protest gegen das Eindringen der Serben in Albanien erhoben.

Die serbische Delegation in Paris dementiert die Gerüchte, denen zufolge König Alexander beschlossen habe, zugunsten seines Bruders auf den Thron zu verzichten.

Bürgerkrieg in China.

Die Kantonregierung hat den Militaristen von Peking den Krieg erklärt. Chinesische Truppen unter persönlicher Führung des Präsidenten Sun Jatsen rücken von Kwangsi nach Norden vor, um Peking zu nehmen. Sun Jatsen verfügt über 140 000 Mann, die mit modernen Waffen ausgerüstet sein sollen.

Aus Stadt und Umgebung

Der Einheitsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener (E. V.), Ortsgruppe Merseburg u. Umg.

hielt am Dienstag seine sehr gut besuchte Monatsversammlung im Gasthof „Grüne Linde" ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung muß der Vorsitzende die traurige Mitteilung machen, daß schon wieder ein Mitglied unserer Ortsgruppe, Kamerad Rasch, seinem im Felde zugezogenen Nervenleiden erlegen ist. Sein Andenken wird von der Versammlung durch Erheben von den Plätzen geehrt. Nach Verlesen der letzten Niederschrift wird in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten. In einem eingehenden Referate schildert der Vorsitzende, Kam. Hirschfeld die Bemühungen des Einheitsverbandes, gesetzgeberische Maßnahmen zur Bekämpfung der herrschenden Teuerung zu erlangen. Die Erwartung, daß nach der im allgemeinen günstigen Ernte des Jahres ein Sinken der Lebensmittelpreise eintreten würde, hat sich nicht erfüllt. Nach einer zeitweiligen Preisminderung in den Sommermonaten, hat sich die Lage heute insofern geändert, als seit Juli 1921 eine ständig fortschreitende Preissteigerung gerade der notwendigsten Lebensmittel, Fett, Eier, Milch, Brot und Fleisch, eingesetzt hat. Die Reichsindexziffer bildet folgende Kurve: März 1921 901; April 894; Mai 880; Juni 896; Juli 963; August 1045. Daß die bevorstehenden Wintermonate eine weitere Preissteigerung mit sich bringen, ist wohl ohne Weiteres anzunehmen. Die vom Reichstage jetzt bewilligten Teuerungszuschläge bedeuten nur einen winzigen Ausgleich der herrschenden Teuerung. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß eine erwerbsunfähige Tagelöhnerwitwe in Ortsklasse E mit monatlich 185,65 M auskommen kann. Ebenso ist es ausgeschlossen, daß ein schwerbeschädigter, der die einfache Ausgleichzulage bezieht und weil dauernd pflegebedürftig erhöhte Pflegezulage erhält, von monatlich 632,85 M leben kann. Die geforderte einmalige Wirtschaftsbeihilfe würde zweckmäßig mit der nächsten Monatsrente gezahlt, ohne daß die Feststellungsbehörden wieder Monate lang damit beschäftigt werden. Ferner fordert der Einheitsverband gänzliche Abschaffung des § 128 R.V.G., der die Kriegsopfer nach Rang und Stand und Bildung in drei Klassen einteilt. Dafür sollen die Gesamtgebührnisse um 25 Prozent erhöht werden. Dieser Forderung haben sich mit Ausnahme des Offizierbundes alle deutsche Kriegsbeschädigtenorganisationen angeschlossen. Weiterhin muß von uns die Besetzung der ungerechten Ruhevorschrift der §§ 63 und 64 gefordert werden. Diese Bestimmung bestraft den arbeitswilligen Kriegsbeschädigten, in dem sie ihm dann seine Rente entzieht. Daß der Schwerbeschädigte nur mit ganz außerordentlicher Taktkraft sich im Erwerbsleben behaupten kann, wird dabei nicht berücksichtigt. Des Ferneren müssen wir zur Beschleunigung der Umanerkennungsarbeiten fordern, daß die Renten ohne vorherige Untersuchung in dem alten Hundertsatze gezahlt werden. Die Knochentare des § 25 ist ungerecht. Das Verfahren nimmt endlose Zeit in Anspruch. Seit dem 1. April 1920 ist das Reichsversorgungsgesetz in Kraft. Heute, nach 1½ Jahren sind im günstigsten Falle 20 Prozent aller Versorgungsberechtigten in den Genuß der neuen Renten gelangt. Nach sehr zuverlässigen Informationen wird die weitere Umanerkennung noch Jahre in Anspruch nehmen. Es kann nicht Absicht des Gesetzgebers sein, durch zeitraubende Verfahren, wie es die Anwendung der §§ 63—64 und 28 notwendig macht, die Versorgungsberechtigten auf eine harte Probe zu stellen. Die noch auf die alten Rentensätze gewährte Teuerungszulage bedeutet einen Tropfen auf einen heißen Stein. Es wird deshalb folgende Entschließung der Verbandsleitung übermittelt:

„Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen der Ortsgruppe Merseburg des Einheitsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, halten die vom Reichsarbeitsministerium festgesetzten laufenden Teuerungszulagen für viel zu niedrig. Hierdurch wird die wirtschaftliche Notlage, die sich während des Winters noch erheblich steigern wird, nicht behoben. Wir erwarten von unserer Verbandsleitung, daß sie sich mit allem Nachdruck bei den zuständigen Stellen dafür einsetzt, daß die gewährten Zulagen wesentlich erhöht und allen Kriegsopfern gezahlt werden, solange das Reich sich nicht entschließen kann, Renten zu gewähren, die die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in den Stand setzen zu leben. Der Einheitsverband wird im Interesse der von ihm vertretenen Kriegsopfer unermüdlich bestrebt sein, die vorstehenden Forderungen durchzusetzen.

Die Hilfsaktion zur Beschaffung von billigen Kartoffeln ist von der Fürsorgestelle viel zu spät eingeleitet worden. Trotzdem hofft diese noch auf Erfolg. Im Interesse der armen Kriegshinterbliebenen wäre das dringend zu wünschen. Es muß aber auch verlangt werden, daß die Stadt wenigstens vorschußweise das Geld dazu zur Verfügung stellt, da die Landwirte sofort bezahlt sein wollen, und man von einer kinderreichen Witwe nicht erwarten kann, daß sie bei ihrer spärlichen Rente von heute auf morgen für Kartoffeln, Kohlen usw. einen Tausendmarkschein zur Verfügung hat. Des weiteren wird aus den Mitgliederkreisen scharfe Klage über das Verfahren bei der Knappschaftskrankenkasse in Halle geführt. Da den Krankenkassen nach dem R. V. G. die Ausübung der Heilfürsorge obliegt, wird der Vorstand beauftragt, diesbezügliche Schritte zu unternehmen.

Zu statistischen Feststellungen benötigen wir von unseren kmgenkranken Mitgliedern sofortige Adressenangabe, mit gleichzeitiger Angabe der Kinderzahl, Wohnungsverhältnisse usw. Es wäre dringend notwendig daß sich die Behörden eine taktkräftige Bekämpfung dieser so mächtig gewordenen Seuche angelegen sein ließen. Mit halben Maßnahmen ist dabei nicht geholfen und nirgends ist die Sparsamkeit, die St. Bürokratius übt schlechter angebracht als gerade hier, denn damit greift die Krankheit immer weiter um sich. Gebt den Lungenkranken Luft und Licht und kräftigende Nährmittel. Mit einigen geschäftlichen Mitteilungen schließt der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung, die dem Verbande wieder eine Reihe neuer Mitglieder gebracht hatte.

Nachzahlung der Lehrergehälter im Kreise Merseburg.

* Auf die Anfrage des deutschvolksparteilichen Abgeordneten Heidenreich, in der Beschwerde darüber geführt wurde, daß die seit vielen Monaten fälligen Nachzahlungen für die Höherstufung der Industrieorte den Lehrern im Regierungsbezirk Merseburg noch nicht gezahlt worden sind, ist folgende Antwort der preußischen Regierung eingegangen:

„Im Regierungsbezirk Merseburg ist es, da der Regierung die nötigen Arbeitskräfte besonders an Rechnungsbeamten nicht zur Verfügung standen, nicht möglich gewesen, die sich aus der Höherstufung der Industrieorte durch das vorläufige Ortsklassenverzeichnis ergebenden Gehaltszulagen zur Auszahlung zu bringen. Nachdem jetzt durch von mir entsandte Kommissare eine Prüfung des Standes der Arbeiten stattgefunden hat, ist die sofortige Einstellung weiterer Hilfskräfte und bis zur endgültigen Feststellung der rückständigen Dienstbezüge die Gewährung von Abschlagszahlungen in der zweifelsfrei zulässigen Höhe von mir angeordnet worden.

Ich glaube bestimmt annehmen zu können, daß die Abschlagszahlungen in wenigen Tagen geleistet sein werden."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211013-19/fragment/page=0002

Der 2. Evangelische Erziehungstag für die Provinz Sachsen und Anhalt

wurde in Magdeburg durch eine Versammlung des Vereins evangelischer Lehrer und Lehrerinnen der Provinz Sachsen und Anhalts eröffnet. Verbandsdirektor Grünweller-Rheydt sprach über das Thema: Hie weltliche, hie Simultanschule, hie evangelische Schule. In klarer Darstellung zeigte er, wie die jetzt so vielfältig empfohlene Gemeinschaftsschule nichts gemein hat mit der früheren christlichen Simultanschule, und nur eine weltliche Schule mit angehängtem Religionsunterricht ist. Der Weg zur völkischen Einheit und zur Einheitsschule geht nur durch die evangelische Schule. In einer Entschließung forderte man auf Grund der Gewissensfreiheit und des Elternrechts aus pädagogischen, religiösen und nationalen Gründen die evangelische Schule. In allen Kirchen Magdeburgs wurde der evangelischen Erziehungs- und Schulfragen gedacht. Beim Festgottesdienst im Dom predigte Hofprediger Windemann-Dessau. Die erste öffentliche Hauptversammlung eröffnete Konsistorialrat Gutschmidt aus Halle, der Vorsitzende der Provinzialgruppe Sachsen des Bundes „Haus und Schule". Zahlreiche Behörden und Vereinigungen waren vertreten. U. a. Konsistorialpräsident Loycke, Generalsuperintendent D. Schöttler, Regierungs- und Schulrat Dr. Vorbrodt-Magdeburg und für die anhaltische Landesgruppe Fabrikdirektor Spaleck-Dessau. Bundesdirektor Winkler wies in seinem Vortrage: „Hat die christliche Familie heute noch etwas zu bedeuten?" nach, wie die Familie die Keimzelle des Volkskörpers ist und wie der sterbende deutsche Volkskörper nur dann die Krisis überstehen und zur Genesung gelangen kann, wenn die Keimzelle Lebenskräfte von Gott, der Quelle des Lebens, aufnimmt und an die Volksgesamtheit abgibt. Nach ihm sprach Gymnasialdirektor Prof. P. B. Schmidt aus Ratzeburg über die Frage: „Wie christliche Erziehung und evangelischer Religionsunterricht zum modernen Gedanken der Arbeitsschule?" Seine Ausführungen ließen erkennen, daß trotz aller Schulreform das lebendige Christentum in der Schule geplegt werden kann und muß. Mit einem kurzen Schlußwort des Lehrers Sommer aus Halle ward die herzerhebende Versammlung beendet.

In der zweiten öffentlichen Hauptversammlung führte Frau Oberin M. v. Tiling-Barmen durch ihren Vortrag: „Mädchenerziehung und Volkserneuerung" die Hörer durch die Tiefen unseres völkischen Verderbens hin zu den lebendigen Quellen der Erneuerung des Volkslebens, einer persönlichen Neugeburt, einer Gesundung des Familienlebens und einer aus der völkischen Geschichte und dem lebendigen Gottesglauben neu errungenen lebendigen Gemeinschaft. Für die Mädchenerziehung stellte sie den Satz auf: Sie darf nicht der Knabenerziehung angeglichen, sondern muß der ureigensten Betätigung der Frau in Familien- und Schulerziehung voll gerecht werden.

In der Osterwoche 1922 gedenkt der Bund „Haus und Schule" (Hauptsitz jetzt in Frankfurt a. d. Oder), der in kräftigem Aufblühen begriffen ist, seine Hauptversammlung in Dessau abzuhalten. Für den dritten Provinzial-Erziehungstag am Sonntag nach Erntedankfest (8. Oktober 1922) war Mühlhausen in Thür. in Aussicht genommen.

Ist Ammonsulfatsalpeter explosiv?

* In einem längeren Aufsatz, der sich mit der Frage beschäftigt, ob das Explosionsunglück in Oppau Veranlassung zur Beunruhigung in den Kreisen der landwirtschaftlichen Verbraucher stickstoffhaltigen Düngers geben kann, kommt Geh. Rat Prof. Dr. Caro zu folgendem Schlußergebnis:

„Nach allen Erfahrungen und nach der chemischen Natur dieser Mischung (nämlich des Ammonsulfatsalpeters) muß gesagt werden, daß sie unverbrennbar und unexplosiv ist, und deshalb ihre Erzeugung, ihre Lagerung, ihr Transport und ihre Verwendung zu keinerlei Bedenken Anlaß geben kann.

In Uebereinstimmung hiermit muß die Tatsache angesehen werden, daß in der Nähe der explodierten Silos 7000 To. desselben Sulfatsalpeters unzersetzt blieben. Diese gewaltige Menge befand sich in einem zweiten Silo, welches durch äußere Einwirkung der Explosionswelle zerstört worden ist. Ueber diese 7000 To. Ammonsulfatsalpeters ergoß sich ein Strom glühender Sprengstücke von der Explosionsstelle aus, sie waren unterworfen gewesen den Stößen der Explosionswellen, sowohl der ersten als der zweiten beobachteten, und trotzdem sind sie intakt geblieben ohne Zersetzungserscheinung, und ohne eine weitere Explosion hervorzurufen, eine unmögliche Erscheinung, wenn Ammonsulfatsalpeter explosiv sein würde. Bei dem Oppauer Unglück muß deshalb die Mitwirkung von Umständen angenommen werden, die außerhalb der normalen Erzeugung und Lagerung des Ammonsulfatsalpeters liegen und deren Aufklärung, falls solche überhaupt möglich sein sollte, nur auf Grund weiterer Untersuchungen und Feststellungen erfolgen kann."

Die Republik mag keine Titel.

* Gemäß den Beschlüssen des preußischen Staatsministeriums wird den Kreisärzten die Amtsbezeichnung „Kreismedizinalrat", den Gerichtsärzten die Amtsbezeichnung „Gerichtsmedizinalrat", den Landesgewerbeärzten die Amtsbezeichnung „Gewerbemedizinalrat" beigelegt.

Das Schützenhaus Mücheln

ist nach vollständiger Erneuerung in die Hände des Herrn Martini übergangen. Am heutigen Tage wird das Lokal nachmittags 4 Uhr eröffnet. Herr Martini ist noch Besitzer des bekannten Restaurants „Waldhaus", das aber im Winter geschlossen bleibt.

Eine Gruppe von Bärenführern

anscheinend Zigeunern, durchzog heute morgen unsere Stadt und ließ zur Freude der Kinder die Tiere ihre Künste zeigen.

Versammlungen, Veranstaltungen usw. in Merseburg.

Im Heinrichshof in Weißenfels gibt die Kunsttänzerin Maria Carla ab 15. Oktober ein Gastspiel. (Näheres siehe Inserat.)

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Starke Stimmung für einen Angestelltenstreik.

** Halle, 13. Okt. Die Angestelltenverbände hatten für gestern abend eine Versammlung nach dem „Volkspark" einberufen, die zum Scheitern der Tarifverhandlungen Stellung nehmen sollte. Doch ist nach der starken Stimmung in der Versammlung für „das letzte Mittel" anzunehmen, daß man dieses Mal seine Forderungen durchaus durchsetzen will. Folgende Entschließung wurde angenommen:

„Die am 12. Oktober im „Volkspark" von über 4000 Angestellten besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von den Ursachen, welche zu dem Scheitern der Verhandlungen mit den Arbeitgebern geführt haben. Die Versammlung beauftragt ihre Organisationen, alle Vorbereitungen zu treffen, um diesen Angriff der Arbeitgeber abzuwehren und gelobt, mit allen Mitteln ihre Forderungen voll und ganz durchzuführen."

Letzte Depeschen

Vorläufig kein Rücktritt der Regierung.

Berlin, 13. Okt. (Eig. Drahtber.) Es steht fest, daß ein Rücktritt des Reichskabinetts vor der Entscheidung des Obersten Rates nicht mehr in Betracht kommt. Man ist in Regierungskreisen der Auffassung, daß der Rücktritt im Augenblick der Außenpolitik nichts nützt, in der Innenpolitik das Reichsschiff aber führerlos machen wird. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß die Verhandlungen mit der Industrie und Landwirtschaft zur Herbeischaffung von Devisen fortgeführt werden müßten.

Auch Beuthen-Stadt verloren?

Berlin, 13. Okt. (Eig. Drahtber.) Die heute in Berlin eingetroffenen Nachrichten sprechen immer noch nicht klar, wie die Grenze in Oberschlesien gezogen werden soll. Es verbreiten sich Gerüchte, wonach Beuthen-Stadt für Deutschland verloren sein soll.

Oberschlesien-Kundgebung in München.

München, 13. Okt. (Eig. Drahtber.) Die Münchener Morgenblätter veröffentlichen folgenden Aufruf: Mit unbeugsamem Willen muß das gesamte deutsche Volk von Norden und Süden sich hinter die Forderung eines ungeteilten Oberschlesien stellen. Um ihnen auch in München machtvoll Ausdruck zu geben, haben die Vertreter aller Münchener Parteien, von der Deutschnationalen bis zum Mehrheitssozialisten beschlossen, am Sonntag, den 16. Oktober vormittags 11 Uhr im großen Wagnersaal eine Massenkundgebung für ein ungeteiltes Oberschlesien zu veranstalten.

Londoner Bedenken.

London, 13. Okt. Ueber die Beschlüsse des Völkerbundsrates liegen noch keine bestätigten Nachrichten vor. Es macht sich jedoch bereits eine Stimmung geltend, die es nicht als sicher erscheinen läßt, daß der als möglich angesehene Spruch des Völkerbundsrates wirklich das letzte Wort in der oberschlesischen Frage gewesen sein soll. Wenn nämlich das Urteil des Völkerbunds, wie es scheint,

den Bodendes Friedensvertrages verläßt,

so ist es möglich, daß England sich dann dem Spruch von Genf nicht fügen wird. Die gemeinsame Verwaltung des Industriegebiets findet nach hiesiger Auffassung keine Stütze im Friedensvertrag.

Das „Problem" der Veröffentlichung des Völkerbundbeschlusses.

Paris, 13. Okt. Das „Echo de Paris" teilt mit daß zwischen der englischen und französischen Regierung seit einigen Tagen über die Praesfiur verhandelt werde, die angewendet werden müsse, um die Empfehlung des Völkerbundsrates inbetreff der Finanzen und des Regimes Oberschlesiens ins Werk zu setzen. Die beiden Regierungen seien noch nicht vollkommen einig und deshalb habe sich auch die Botschafterkonferenz, die die Frage gestern geprüft habe, vertagen müssen. Von englischer Seite scheine man zu behaupten, daß nur der Oberste Rat berechtigt sei, die Empfehlung von Genf in Empfang zu nehmen.

Der Rückgang des englischen Handels.

London, 13. Okt. Der Wert der englischen Einfuhr betrug im September 87 118 507 Lstrl., das sind 65 638 629 Lstrl. weniger, als im September 1920. Der Export betrug 55 247 578 Lstrl., das sind 62 208 335 Lstrl. weniger, als im Vorjahre, und der Re-Export betrug 85 94 644, das sind 4 755 694 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der „Observer" bezeichnet diese Zahlen als ein Zeichen für die ernste Lage des britischen Handels.

Zur Eisenbahner-Bewegung in Halle.

** Halle, 12. Okt. Die hiesige Eisenbahndirektion teilt auf die Behauptungen der Eisenbahner, daß sie ohne jede Nachricht von der Direktion geblieben seien, mit, daß die Direktion wohl geantwortet habe, nur sei der Brief verzögert worden, da der Eisenbahnpräsident verreist war. Die Stellungnahme der Direktion zu dieser Angelegenheit ist die, daß die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen kann, weil sie dafür nicht zuständig ist. Zuständig allein ist der Reichsverkehrsminister. Im Gegenteil ist die Direktion gezwungen, für die Durchführung der Verordnungen zu sorgen. Ein lokaler Streik im Hallescher Bezirk wäre eine außerordentliche Schädigung des Wirtschaftslebens, zumal jetzt, da die Bahnen stark durch landwirtschaftliche Transporte in Anspruch genommen sind. Oberpräsident Hörsing wird, wie verlautet, Freitag nach Halle kommen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich mit den Eisenbahnfragen beschäftigen wird.

Weiter wird gemeldet:

Heute vormittag finden im Reichsverkehrsministerium in Berlin Verhandlungen über den drohenden Eisenbahnerstreik statt, zu denen die Bezirksleiter der drei Verbände: Deutscher Eisenbahnerverband, Allgemeiner Eisenbahnerverband und Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatsbediensteten, geladen sind.

Feuer.

** Schkeuditz, 13. Okt. In der Nacht zum Mittwoch, in der zweiten Stunde, ertönte der Feuerruf. Im Grundstück Schießgraben 8 war im Stallgebäude ein Feuer ausgebrochen. Der herbeieilende Feuerwehr gelang es schnell, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Verbrannt ist der Dachstuhl und der Inhalt des Stalles, der aus Feuerungsmaterial bestand. Die Ursache ist unbekannt.

Von einem Auto angefahren.

** Schkeuditz, 13. Okt. Von einem Auto angefahren wurde am Dienstag nachmittag in der dritten Stunde in der Leipziger Straße der 6jährige Sohn des Schlossers Lutze. Die Verletzungen bestehen glücklicherweise nur in Quetschungen und Hautabschürfungen im Gesicht. Dem Kraftwagenführer soll keine Schuld an dem Unfall zuzuschreiben sein.

Die Falschdruckerei-Angelegenheit.

** Weißenfels, 13. Okt. Der Plan, falsche Hundertmarkscheine herzustellen, wurde von einem Leipziger Monteur entwickelt. Ein hiesiger Geschäftsmann, Molkereibesitzer Ewers, finanzierte die Sache. Er gab Geld zur Anschaffung zweier Pressen und einer Hebelschneidemaschine, die in den Geschäftsräumen der Malzkaffeerösterei Adolf Würsel aufgestellt wurden. Die Leipziger Kriminalpolizei bekam Wind von der Sache, und Haussuchungen, die sich im Verein mit der hiesigen Polizei übernahm, beförderten Maschinen und Werkzeuge zutage. Ewers und Würsel wurden daraufhin verhaftet.

Aus Provinz und Reich

Verurteilung wegen Spionage.

† **Leipzig, 12. Okt.** Das Reichsgericht verurteilte den 26jährigen angeblichen Hotelpförtner Hermann Rudeutsch aus Kahla, zuletzt in Darmstadt, wegen versuchter Spionage zu zwanzigen Zuchthaus Frankreichs zu 1½ Jahren Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Aufhebung eines Spielklubs in Berlin.

† **Berlin, 13. Okt.** Die neue Methode der Berliner Kriminalpolizei durch überraschende nächtliche Streifen dem Berliner Verbrechertum auf die Spur zu kommen, bewährt sich. In der Nacht zum Mittwoch ist es wiederum einer Patrouille gelungen, in der Neuen Friedrichstraße einen Spielklub auszuheben, der sich aus den dunkelsten Elementen zusammensetzt. Etwa 80 Personen wurden festgenommen. Unter ihnen befanden sich auch einige, die schon seit langem steckbrieflich gesucht werden. Auch ein plötzlicher Einfall in einige berüchtigte Dielen und Kaschemmen führte zur Verhaftung gesuchter Verbrecher.

Die eigene Frau ermordet.

† **Berlin, 12. Okt.** Im bayrischen Viertel Berlins, in der Rosenheimer Straße 29, ist am Mittwoch die Berliner Kriminalpolizei einem neuen Morde auf die Spur gekommen: Der Kaufmann Karl Stöffers hatte seine Frau ermordet und sich daraufhin in ein Hotel begeben, um sich, wie er in einem hinterlassenen Briefe angab, ebenfalls das Leben zu nehmen. Stöffers hat die Tat angeblich wegen mißlicher wirtschaftlicher Lage und dadurch zerrütteter Familienverhältnisse begangen.

Drei Kinder erdrosselt aufgefunden.

† **Oebisfelde, 12. Okt.** Heute vormittag gegen 8 Uhr wurden die drei Söhne Karl, Otto und Wilhelm des Eisenbahnmaschinenputzers Robert Winkler im Alter von 3, 4 und 6 Jahren in ihren Betten erdrosselt aufgefunden. Jedes Kind hatte eine Schlinge um den Hals die an einer Schnur befestigt war. Ueber den Täter und den Anlaß zur Tat fehlen noch nähere Einzelheiten, da die gerichtliche Untersuchung noch andauert.

Anarchisten als Brandstifter.

† **Frankfurt a. M., 12. Okt.** Wegen der Brandlegung am Kulissenhaus in der Oper in der Nacht zum 28. März hatten sich 6 Angeklagte, die Mitglieder der anarchistischen Vereinigung sind, vor dem Schwurgericht zu verantworten. Durch die Tat sollte der Abtransport der Spymanuskripten nach Mitteldeutschland verhindert werden. Das Gericht verurteilte wegen versuchter vorsätzlicher Brandstiftung drei Angeklagte zu je anderthalb Jahren Gefängnis, wegen Beihilfe einen Angeklagten zu einem Jahre und zwei weitere Angeklagte zu je acht Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter, der erblindet ist, wurde bedingt begnadigt.

Neue Dampfer für Hamburg

† **Hamburg, 11. Okt.** Der ehemalige Schnelldampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Deutschland", jetzt „Hansa", der für Passagiere der 3. Klasse umgebaut wurde, hat heute eine Probefahrt gemacht und wird am 22. Oktober seine erste Reise nach Newyork antreten.

† **Hamburg, 11. Okt.** Der ehemalige Dampfer der Continentalen Reederei „Schwarzenfels" ist durch die Firma Leonhard Müller von England zurückgekauft worden. Die deutsche Besatzung ist nach England unterwegs, um das Schiff nach Hamburg zur Instandsetzung zu bringen.

Der General als Goldschieber.

† **Pr. Stargard, 12. Okt.** In Pr. Stargard in Pommerellen wurde ein polnisches Militärflugzeug durch ein Motorschaden zum Landen gezwungen. Gendarmen, denen das Verhalten der Insassen verdächtig vorkam, untersuchten den Apparat, und stellten fest, daß er eine große Summe Gold enthielt. Die Flieger wurden verhaftet. Das Gold sollte, wie das Verhör ergab, nach Danzig verschoben werden. Die Verhafteten sind der Generalleutnant Sturmunt-Dwarlaski von der Belaconwisch-Armee und zwei polnische Sergeanten.

Die Münchener Ruhrepidemie erloschen.

† **München, 12. Okt.** Die seit Anfang Juli d. Js. in München aufgetretene Ruhrepidemie ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nunmehr erloschen. Nur ab und zu wird noch eine Erkrankung gemeldet.

Schweres Eisenbahnunglück.

† **Bamberg, 13. Okt.** Auf dem hiesigen Bahnhof entgleiste in letzter Nacht ein gemischter Zug auf der Ausfahrt nach Lichtenfels. Mehrere Personenwagen wurden eingedrückt, wobei 3 Personen getötet, 8 verletzt wurden.

Absturz vom Viadukt vor den Augen der Reisenden.

† **Waldheim, 12. Okt.** Am Sonnabend hat sich ein junger Mann nachmittags in dem Augenblicke, als ein Schnellzug den Diedenhainer Viadukt durchfuhr, von dem 54 Meter hohen Viadukt abgestürzt. Die Reisenden des Zuges waren zum Teil Zeugen des Vorfalles. Der junge Mann trug schwere Verletzungen davon, denen er bald darauf erlag.

Einbruch in die Kirche und den Gasthof.

† **Augustusburg, 12. Okt.** In Schellenberg drangen während der Nacht Einbrecher in die Kirche ein und stahlen das in den Sammelbüchsen befindliche Geld. Darauf brachen die Diebe noch im Gasthofe ein und raubten sämtliche Tischdecken, einen Posten Zigarren, Zigaretten und andere Gegenstände im Werte von etwa 1000 M.

*

Schwere Handgranatenexplosion in Wien.

† **Wien, 13. Okt.** Das 7. Regiment wollte Mittwoch früh eine Uebung mit Handgranaten auf den Militärschießständen abhalten. Zu diesem Zwecke sollten 300 Handgranaten aus dem Arsenal dorthin gebracht werden. In der Haupthalle beim Eingang in den Prater explodierten die Handgranaten. Der Fahrer wurde getötet und die Pferde in Stücke zerrissen. Drei Personen erlitten leichte Verletzungen. An vielen Häusern in der Praterstraße wurden die Fensterscheiben zertrümmert und sonstige Beschädigungen angerichtet. Die Explosion, die auch in der Leopoldstraße, wo viele Juden wohnen, gehört wurde, rief bei vielen von diesen die Meinung hervor, daß anläßlich des Versöhnungstages ein Angriff der Antisemiten erfolgt sei. Nach einer amtlichen Darstellung ist eine

Wettervoraussage

Freitag, den 14. Oktober.

Neblig, zeitweise aufklärend, vorwiegend trocken, tagsüber mild.

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: Dr. Hahlo. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Baltz. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211013-19/fragment/page=0003

Mit Rücksicht auf den vom Landwirtsch. Kreisverein und Bauern-Verein Merseburg und Umgegend angesetzten Vortrag über Rindviehzucht wird die auf Sonnabend, den 15. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, im Kreishausfitzungssaale anberaumte Besprechung mit den Herren Amts-, Gemeinde- und Gutsvorstehern

auf Sonnabend, den 22. Oktober 1921
vormittags 9 Uhr

Sitzungssaal des Kreishauses hier, **verschoben.**

Die Herren Amts-, Gemeinde- und Gutsvorsteher des Kreises, die an einer der in dieser Woche abgehaltenen Besprechungen noch nicht teilgenommen haben, werden ersucht, sich zu dieser Besprechung einzufinden.

Merseburg, den 13. Oktober 1921.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Walbe.

Oeffentl. Grundstücks-Versteigerung!

Sonnabend, den 15. Oktober d. Js., nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthofe zum „Kronprinz" in Porbitz bei Dürrenberg a. S. der Verkauf des den Erben des verstorbenen Brauereibesitzers Herrn Ed. Muchau zu Porbitz gehörigen

Brauereigrundstückes Porbitz Nr. 54a,

bestehend aus Wohnhaus, Stallungen mit Futterböden, großem Hofraum mit Toreinfahrt, 3/4 Morgen Garten und ca. 2 1/2 Morgen Ackerland, sowie Braugebäude mit oder auch ohne Brauerei-Inventar, öffentlich meistbietend statt. 10 000.— Mk. Bietungskaution erforderlich. Bedingungen im Termin.

J. A. d. E. Albert Franke,
Beeid. Auktionator und Taxator

Quäkerspeisung.

Am 31. Oktober d. Js. beginnt seitens der amerikanischen Kinderhilfsmission (Quäker) eine neue Speisung von Schulkindern, Jugendlichen, (Mädchen und Knaben) bis zum vollendeten 17. Lebensjahre, von vorschulpflichtigen Kindern, sowie von werdenden und stillenden Müttern.

Mündliche Anmeldungen für die drei zuletzt genannten Gruppen, mit Ausnahme der die höheren Schulen oder die Fortbildungsschulen besuchenden männlichen und weiblichen Jugendlichen werden im städt. Wohlfahrtsamt, Neues Rathaus Markt 1, Zimmer 16a tägl. entgegengenommen.

Die Auswahl für die Teilnahme an der Speisung wird später durch den Arzt getroffen werden.

Merseburg, den 11. Oktober 1921.
IV. 3106/21. **Der Magistrat.**
— Wohlfahrtsamt —

Berliner Konfektionshaus
Merseburg Inh.: Franz Sonntag. Entenplan 5.
Spezial-Geschäft
für moderne Damen- und Mädchen-Konfektion.

Eröffnung
Sonnabend, den 15. Oktober.

Große Auswahl. Billige Preise.
Damen-Blusen, Kleiderröcke, Kleider
in einfacher und eleganter Ausführung.
Damen-Ulster, Mäntel, Strickjacken etc.
Mädchen-Kleider und Paletots
in allen Größen.

Rheingold.
Inhaber: Hugo Richter, Telephon Nr. 202.
Jeden Dienstag und Freitag
:-: THEEABEND. :-:

---

138. u. 139. Bildungsabend.

Oberschlesische Volksspiele
im Schloßgartensalon
unter Leitung von
Maler Walther Blachetta.

Sonntag, den 16. Okt., abends 8 Uhr:
1. **Das Kain- u. Abel-Spiel**
Nach alten Volksspielen der Stadt Lausen.
2. **Die Geschichte einer Mutter**
Ein Spiel nach dem gleichnamigen Andersenschen Märchen.

Montag, den 17. Okt., abends 8 Uhr:
1. **Der Teufel nahm ein altes Weib.**
Fastnachtsspiel von Hans Sachs.
2. **Der Schweinehirt.**
Ein Spiel nach dem gleichnamigen Andersenschen Märchen.

Eintrittskarten zu 3,60 Mk. u. 2,40 Mk. im „Herzog Christian".

Sonntag, den 16 Okt. nachm. 3 1/2 Uhr:
Kindernachmittag.
Märchenspiel: Der Schweinehirt.
Kinderlieder zur Laute.
Kasperltheater.
Eintrittskarten 1 M. im Herzog Christian.

Kommt alle, es wird sehr schön!

Die Leitung der Bildungsabende.

Familien-Nachrichten.

Geboren. 1 Tochter Sigrid, Justizobersekretär Hollmann u. Frau Milda, geb. Landmann, Merseburg.

Verlobt. Lydia Möbius Klein-Eichstedt mit Willy Kolbe, Lobersleben.

Vermählt Walter Hofmann mit Martha Prager, Lützen; Arthur Kretschmar mit Gertrud Heidel, Starsiedel; Willy Fürst mit Frieda Natz, Lützkendorf; Kurt Büttner m. Marie Klocke, Weißenfels; Alwin Mehlgarten mit Ida Herrn, Kirch-Fährendorf; Walter Meißel m. Frieda Schmidt, Ostrau; Hermann Richter m. Marie Pille, Ermlitz.

Gestorben. Paul Schneide, 60 J., Wethau; Gerhard Clein, 3 Mon., Mertendorf; Alwin Körner, Stößen; Robert Bormann, 43 J., Weißenfels; Karl Schütze, 60 J., Weißenfels; Friedrich Günther, Weißenfels; Wwe. Berte Winzer, geb. Rühlemann, 81 J., Göhritz.

Warzen beseit. schnell u. schmerzl. Dr. Bufleb's Warzenzerstörer. Zu haben bei: **Kurt Arzel** Adler-Drogerie.

Eine Wohltat
für die Füße
ist mein bequemes
Reformschuhwerk
in naturgem. Formen.
Besichtigung zwanglos.
Reformhaus Gesundheitsquell,
Halle, Gr. Steinstr. 21.

Schäferhund
(guter Wachh.) u. 4 junge zu verk. Leunaerstr. 10.

Guten Nebenverdienst vergeb. wir für alle Bezirke 900-1500 M monatl. ohne persönl. Hervortr. nur durch stille Mitarb. v. Schreibtisch aus. Offert. u. 968 a. d. Annonc. Exp. **Hans Bogt, Stettin,** Postfach 22.

Nach Fertigstellung meines Neubaues empfehle ich besonders preiswert:
Schlafzim.-Einrichtungen m. echt. Marmor u. Drellmatratzen von M 2900 an.
Einzelne Bettstellen von „ 175 „
Kücheneinrichtungen von „ 950 „
Ein Posten Schreibtischsessel Eiche m. Kunstlederposit. Stck. M 200.
Speisezimmer, echt Eiche, gute Arbeit, äuß. preisw. Gelegenheitskauf!
1 Büffet, Eiche, innen Mahagoni, 1,40 br., M 2950.
Bequeme Zahlungsbedingungen, Transport auch nach außerhalb frei.
Hugo Lichtenfeld,
Ammendorf
Regensburgerstr. 12,
Fernspr. 215.

Makulatur hat abzugeben
Merseburger Tageblatt.

Ab Freitag, den 14. 10. 1921 steht ein frischer Transport
prima bayrischer
Zugochsen
bei mir preiswert zum Verkauf.
Außerdem habe große Auswahl in
hochtragenden und frischmelkenden
Kühen u. Färsen
und prima
Herdbuchzuchtbullen
mit Abstammungsnachweis.
Einen frischen Transport
prima 3—6jähriger belgischer u. dänischer
Arbeits- und Ackerpferde
stelle unter kulantesten Bedingungen und voller Garantie zum Verkauf.
Hugo Schumann, Viehgeschäft
Zetzsch bei Hohenmölsen.
Telefon 357.

Schützenhaus Mücheln.

Nach vollständiger Erneuerung übernehme ich obiges Lokal. Jederzeit bestrebt, den guten Ruf, welche die von mir bisher bewirtschafteten Geschäfte genossen, auch auf das Schützenhaus zu übertragen, werde ich meinem langjährigen Prinzip getreu, stets bemüht sein, meinen verehrten Gästen bezüglich Küche und Keller, nur das Beste vom Besten zu angemessenen Preisen zu bieten.

Ganz besondere Sorgfalt werde ich auf den Restaurationsbetrieb verwenden. Im sogenannten Turmeckzimmer habe ich vielen Wünschen entsprechend eine gemütlich eingerichtete **Bier- und Caféstube** eingerichtet. Ich erlaube mir die verehrte Einwohnerschaft zum regen Besuch ganz ergebenst einzuladen.

Die Eröffnung des Lokales findet am
Donnerstag, den 13. Oktober,
nachmittag 4 Uhr statt.

Hochachtend! **Bernhard Martini**
Inhaber des Schützenhauses u. Waldhauses.

Stenogr.-Verein Stolze-Schrey.
Montag, den 11. dieses Monats abends 8 Uhr beginnt im Vereinsheim „Bergschlößchen" ein **Wiederholungskursus**
Der Vorstand.

Stadttheater Halle.
Donnerstag, abs. 7 1/2 Uhr:
Die versunkene Glocke.
Freitag, abends 7 1/2 Uhr
Das Postamt.
Freie Volksbühne.
Sonnabend, abs. 7 1/2 Uhr:
Barbier v. Sevilla.

Aderverkalkung Herzbeschwerden, Schwindelanfälle. Verlangen Sie Gratis-broschüre über Sanitäts-Rat Dr. Weiss's glitzerlos Hanakuren DR. GEBHARD & CIE., BERLIN W. 35 Potsdamer Strasse 134 a.

Ca. 25 Ztr. gute Speisekartoffeln
für Haushalt gesucht. Angebote aus Landwirtskreisen unter **„Kartoffeln"** an die Geschäftsstelle erbeten.

Künstlerspiele
Heinrichshof — Weißenfels
Der Treffpunkt.
Bis 15. Oktober 8 1/2 Uhr täglich abends
Gastspiel Maria Caria
der italienischen Kunstkünstlerin.
Im weiteren: Ada Fürstenberg, moderne Sprecherin; Dr. Hans Schlicker, Chansonier; Alfred Markgraf, Komiker; „Ossi", der Originelle; Oscar Strauch, Kunstmalakt.
Während der Pausen und nach der Vorstellung trifft man sich in der
1. Etage **Römer-Diele** 1. Etage
Tägl. von 4 Uhr ab Stimmungsmusik
Jeden 1. und 16. des Monats neue Künstler und neue Vorträge.

Asthma
kann geheilt werden.
Ganz neues Verfahren.
Behandl. d. Spez.-Arzt in Weißenfels, Markwerbenerstr. 7part., jeden Montag von 9—2 Uhr.
Prof. Leche's Institut
Freiberg i. Sa.

Perfekte
Einlegerinnen
für Buchdruckschnellpressen sofort gesucht
Merseburger Tageblatt.

Empfehle mich zur
Anfertigung sämtlicher Kunst- und Dekorationsmalereien
Max Vollmann
Weiße Mauer 22. Werkstatt Johannisstr. 18.

Achtung!
Gelegenheitskäufe in stets neuen und gebr. Herren-, Burschen-, Schlosser- u. Drell-Milit.-gestr., schwarze, Pilot-, Manchester-, Drell- u. Arbeits- sowie Milit.-Stiefel, Schuhe u. Wäsche aller Art spottbillig bei **Anzügen Hosen**
Köppe, Leipzig, Sternwartenstr. 2 (Roßplatz).
Bei größeren Einkäufen vergütet ev. Fahrgeld. Händler u. Wiederverkäufer Vorzugspreis.

Möbl. Zimmer
mit oder ohne Pension, von solidem Herrn sofort zu mieten gesucht.
Off. u. „Möbl. Zimmer 100" a. d. Verlag d. Ztg.

Zung verh. Studienass. sucht sofort
2 möbl. Zimmer
Offerten an d. Hausmann des Domgymnasiums.

Kaffeehaus Meuschau.
Sonntag, den 16. Oktober
Montag, den 17. Oktober **Kirmes!**
An beiden Tagen ab nachm. 3 Uhr:
Ballmusik bei vollbesetztem Orchester. — —
Flotte Musik. — Neueste Tänze.
Für vorzügliche Speisen und gute Getränke ist bestens Sorge getragen
Freundlichst laden ein W. Julius u. Frau.

Wir suchen für Industrie-Arbeiter der hiesigen Umgegend ständig
Schlafstellen und möblierte Zimmer.
Etwaige Angebote erbitten wir unter Preisangabe an Wirtschafts-Fürsorgeamt d. Kreises Merseburg in Merseburg.

Geräumiger Laden
mit Nebenräumen
in guter Lage gesucht. Angebote mit Preis und näheren Angaben unter **211/21** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Herr sucht
möbl. Zimmer.
Offerten unt. B. B. 211 a. d. Exped. d. Blattes.

Möbliertes Zimmer
für sofort oder später gesucht. Offerten unt. U. A. 227 an die Exped. d. Bl.

Möbliertes Zimmer
sofort gesucht. Offert. unt. O. V. 239 a. d. Geschäftsstelle dieser Zeitung erbet.

Möbliertes Zimmer
per sofort od. später gesucht. Offerten unt. J. T. 237 an die Exped. d. Blattes.

Einfach möbliertes Zimmer
sofort gesucht.
Offerten unt. K. R. 231 a. d. Expedition d. Blattes.

Möbl. Zimmer
sofort gesucht. Off. unt. E. S. 241 an die Exped. dieses Blattes.

---

2 möbl. Zimmer
mit Kochgelegenheit ges. Offerten unter U. N. 216 an die Exped. d. Bl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211013-19/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 241 des Merseburger Tageblattes

Donnertag, den 13. Oktober 1921

Der Schutzverband für deutschen Grundbesitz zu den Steuerplänen.

Gegen die Erfassung der Sachwerte sowie zu den Steuergesetzentwürfen der Reichsregierung und zu dem Entwurfe einer staatlichen Grundvermögenssteuer in Preußen nahm die Delegiertenversammlung des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz unter überaus starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches unter Vorsitz des Bankdirektors Lueder Stellung. Neben Vertretern sämtlicher bürgerlichen Fraktionen des Reichstages und des preußischen Landtages hatten der Reichsarbeitsminister sowie die preußischen Minister der Finanzen, für Landwirtschaft, ferner die führenden Verbände des Handels und der Industrie Vertreter entsandt.

Der Schutzverband sieht hinsichtlich der Erfassung der Sachwerte (Gold-Vollwerte) nach wie vor auf dem Standpunkt der Entschließung vom 30. Juli 1921. Er lehnt daher jede dingliche Beteiligung des Reiches und des Staates am Realwerte ab, verwirft die Goldzwangsgrundschuld und verurteilt jede Bestrebung, die vorwiegend auf parteipolitische Ausnutzung des Realwertes und auf Enteignung großer Teile des Volksvermögens abzielt und die Gefahr der Auslieferung des deutschen Grundbesitzes und der deutschen Industrie an den Feind herbeiführt. Er fordert grundsätzlich die Wahl von Ertragssteuern und hält die Erhebung von Besitzsteuern nur ausnahmsweise und nur insoweit für zulässig, als sie die Möglichkeit offen lassen, die Produktion zu erhalten und zu steigern.

Von den bisher bekannt gewordenen Steuerplänen wird der Plan einer laufenden Vermögensabgabe mindestens insoweit für unannehmbar erachtet, als er den gemeinen Wert zum Ausgang nimmt und dem Reichsfinanzminister hinsichtlich der Bewertung des Vermögens diktatorische Gewalt (Blankovollmacht) erteilt. Es muß unbedingt verlangt werden, daß die Vermögensfeststellung auf Grund gesetzlicher Vorschriften durch unabhängige Instanzen mit der Möglichkeit eines Rechtsmittelzuges erfolgt.

Im Hinblick auf den Entwurf eines preußischen Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen wird die Revisionsbedürftigkeit der veralteten Grund- und Gebäudesteuergesetzgebung anerkannt. Der Schutzverband ist auch zur Mitarbeit bereit. Grundsätzlich muß aber auch hier die Ertragssteuer gefordert werden, wenn nicht die Besteuerung zur Beschränkung der Produktionsmöglichkeiten führen soll. Aus diesem Grunde kann auch eine Einbeziehung des Wirtschaftsinventars und der Betriebsmittel in das Grundvermögen für die Landwirtschaft nicht in Frage kommen. Kann dem Gedanken der Ertragssteuer wegen der Schwierigkeiten einer neuen Einschätzung nicht alsbald näher getreten werden, so kann für eine feste Uebergangszeit (höchstens 3 Jahre) dem Entwurfe unter folgenden Maßgaben näher getreten werden:

Die Abwälzung der Steuer muß in weiterem Umfange ermöglicht und gesichert werden.

Die Gemeindeabgaben aus dem Grundbesitz dürfen über 100 Prozent der neuen staatlichen Steuer und bei bewirtschaftetem Besitz über 20 Prozent des Bruttoertrages nicht hinausgehen.

Die Ausführung des Reichsmietssteuergesetzes muß mit der Erhebung der Steuer organisch verbunden werden, insbesondere durch die gleichen Behörden erfolgen.

Sollte das Reich zu einer weiteren Belastung des Grundbesitzes greifen, muß die preußische Gesetzgebung alsbald revidiert werden.

Der Schutzverband hält sich für verpflichtet bei dieser Gelegenheit auszusprechen, daß die Erfüllung unserer auswärtigen Verbindlichkeiten und die Herstellung des Gleichgewichts im Innern mit steuerlichen Maßnahmen auch nicht entfernt erreicht werden kann, und daß man diesem Ziele nur durch Einstellung der Notenpresse, vollkommene Umgestaltung der Ausgabenpolitik und äußerste Anspannung der gesamten Arbeitskräfte der Nation näher zu kommen vermag.

Tagung der Mitteldeutschen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei.

Unter großer Beteiligung aus den Wahlkreisen Halle, Merseburg, Thüringen und Magdeburg trat am vergangenen Samstag die Mitteldeutsche Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung in Nordhausen zusammen. Unter anderen waren die Reichstagsabgeordneten Geheimrat Dr. Leutheuser-Zeng, Dr. Kulenkampff-Magdeburg, Heubler-Böhm-Nolmerswende, sowie die Landtagsabgeordneten Fräulein v. Kulesia, v. Eynern und Dr. Winkerneit erschienen. Dr. Carlsson-Halle gab zunächst einen Ueberblick über die politische Lage. Sodann nahm Reichstagsabgeordneter Dr. Kulenkampff das Wort zu einem eingehenden Vortrag über das Steuerprogramm der Reichsregierung. Er wies zunächst darauf hin, wie falsch es sei, nach dem Beispiel Dr. Wirths einen zu großen Unterschied zwischen direkten und indirekten Steuern zu machen, denn die meisten direkten Steuern würden sich letzten Endes als indirekte Steuern auswirken. Wenn Handel, Industrie und Gewerbe mit einer so hohen direkten Steuer belastet werden soll und der Inhaber die Steuern bezahlen will, so ist er gezwungen, sie auf seine Preise darauf zu schlagen. Die Deutsche Volkspartei wird dem Steuerprogramm der Reichsregierung ihre sachliche Mitarbeit nicht versagen. Sie kann aber keine Steuern gutheißen, die eine Lebensgefahr für das selbständige Unternehmertum bedeuten.

Die Vermögenssteuer kann im wesentlichen als nicht unerträglich bezeichnet werden. In dem Entwurf aber muß der außerordentlich gefährliche Paragraph beseitigt werden, der besagt, daß der Reichsfinanzminister nach Anhörung nicht mit Zustimmung des Reichswirtschaftsrates das Recht haben soll, die Bewertung für die Vermögenssteuer vorzunehmen. Es muß vielmehr in das Gesetz eine Bestimmung über die Vermögensbewertung hineingearbeitet werden.

Auch mit der Vermögenszuwachssteuer wird man sich abfinden müssen. Die Partei wird sich aber dafür einsetzen, daß das Betriebsvermögen wie bisher nicht voll, sondern zu 80 Prozent bei der Veranlagung angesetzt wird, denn dieses schafft letzten Endes doch Arbeitsvermögen und Arbeitslosenheilen. Die Nachkriegsgewinnsteuer hat auf den ersten Augenblick etwas bestechendes, da durch sie die ungeheuren Gewinne, die nach dem Kriege von einer Menge Personen gemacht worden sind, erfaßt werden soll. Andererseits muß im Interesse der Steuermoral und der Staatsgesinnung hervorgehoben werden, daß es gefährlich ist, Nachbesteuerungen zur Gewohnheit zu machen, wenn wir nicht wollen, daß der Staat uns zu einem Volk von Schiebern erzieht. Starke Bedenken bestehen gegen die Umsatzsteuern, deren Sätze auf das Doppelte erhöht werden sollen. Kommt sie in diesem Umfange zur Durchführung, dann führt sie zweifellos zu einer Konzentration der Betriebe und zu einer schweren Schädigung der Personen, die bisher ihr ehrliches Arbeitseinkommen hatten. Eine Erfassung der Sachwerte kann, solange das Ultimatum besteht, nicht in Frage kommen.

Sodann berichtete Reichstagsabgeordneter Dr. Leutheuser-Zeng über die Thüringer Wahlen. Er kennzeichnete zunächst den Erfolg der Deutschen Volkspartei in Thüringen. Leider ist das Gesamtergebnis der Wahlen für die bürgerlichen Parteien als ungünstig zu bezeichnen und eine sozialistische Mehrheit ist nunmehr in der Lage, Thüringens Geschicke ausschließlich im sozialistischen Sinne zu beeinflussen. Der Redner wies an seiner größeren Anzahl von Beispielen nach, welche schweren Fehler von Seiten des Bürgertums bei den Thüringer Wahlen durch Wahlenthaltung und durch Wahlzäffiatiete wieder gemacht worden sind. Scharf brandmarkte Dr. Leutheuser das besondere Vorgehen der Wirtschaftspartei und des Zentrums.

Kurz nach 8 Uhr fand die Tagung, in der die Geschlossenheit der Mitteldeutschen Arbeitsgemeinschaft in der politischen Auffassung klar zum Ausdruck kam, mit einem Schlußwort des Vorsitzenden ihr Ende.

Am Abend fand eine autbesuchte öffentliche Versammlung statt, in der die Landtagsabgeordneten Fräulein v. Kulesia und v. Eynern sprachen.

Preußischer Landtag

Berlin, 12. Oktober 1921.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung gegen 11¼ Uhr. Abg. Herold (Ztr.) beantragt mit Rücksicht auf die oberschlesische Frage Vertagung.

Abg. Braun (Soz.) widerspricht diesem Antrage, desgleichen die Unabhängigen und die Kommunisten.

In der Abstimmung wird der Antrag Herold mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Ueber die Tagesordnung entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlaufe Minister Dominicus in Unterstützung eines Wunsches der Linken namens der Staatsregierung die Bitte ausspricht, die sozialdemokratische Anfrage über seine Personalpolitik, die der Präsident absetzen wollte, doch an erster Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Herold wünscht die Entscheidung über diesen Punkt solange auszusetzen, bis die oberschlesische Frage entschieden sei.

In der Abstimmung wird mit 154 gegen 118 Stimmen beschlossen, die Anfrage über Dominicus nicht zur Beratung zu stellen.

Politische Rundschau

Helfferich über Wiesbaden und Erzberger.

Die Deutschnationale Volkspartei hielt Dienstag in Frankfurt a. M. ihren Parteitag für Hessen-Nassau ab. Reichstagsabgeordneter Dr. Helfferich hielt eine längere Rede, in der er unter anderem ausführte: Der Reichstag sollte am 6. September zusammentreten, um die neuen Steuervorlagen zu beraten. Jetzt sollen wir uns am 2. oder 3. November versammeln. Die Regierung fürchtet sich vor dem Reichstag und der Reichstag vor sich selbst. Trotz des Niederganges der Valuta infolge der Bezahlung der einen Milliarde der Kriegsentschädigung bleibt Reichskanzler Dr. Wirth im Amte. Der Versuch, mit Frankreich über die Bezahlung zu einer Verständigung zu kommen, der in Wiesbaden gemacht wurde, ist durchaus vernünftig, aber die Abmachungen von Rathenau und Loucheur haben den Fehler gehabt, daß zunächst nicht die ganze Summe der von Deutschland geleisteten Lieferungen angerechnet wird, sondern nur 25 Prozent. Wir haben also einen toten Export an Frankreich von 65 Prozent, für den wir die Bezahlung aufbringen müssen. Hierdurch wird ein Geldbedarf entstehen und eine weitere Inflation unseres Geldes. Scheidemann hat sich unterstanden, zu sagen, ich hätte die Atmosphäre geschaffen, in der der Mord an Erzberger entstanden ist. Ich bin aber gerade durch den Mord an Erzberger aufs schwerste betroffen. Ich habe Erzberger bekämpft, weil er ein Schädling war. Ich versuchte zunächst, durch Fühlungnahme mit der Regierung Erzberger auszuschalten; weil aber nichts von der Regierung aus geschehen konnte. In diesem Artikel waren so schwere Anklagen gegen Creter erhoben, daß ich mir nicht vorstellen kann, wie ein Mensch überhaupt noch Schlimmeres tun könne, als es ihm hier nachgesagt war!"

Volkhardt kehrte sich von ihr ab, wie wenn ihm der Blick dieser klaren jungen Augen plötzlich unerträglich geworden wäre. Zugleich aber machte er eine wegwerfende Handbewegung.

„Du schwätzest, wie du's verstehst! Wenn man sich um alles kümmern wollte, was diese Zeitungsschreiber aus Mangel an Stoff oder aus Gehässigkeit zusammenlügen, so müßte man wahrhaftig viel kostbare Zeit vergeuden! Im übrigen brauchst du keine Furcht zu haben! Ob ich Paul Creter bin oder nicht — die Baronin wird sich hüten, ihre vermeintliche Entdeckung in die Welt hinauszuschreien! Ich habe glücklicherweise ein Mittel, ihr den Mund zu verschließen!"

„Ich zweifle nicht daran. Und wenn sie nicht dir zuliebe schweigt, so wird sie es vielleicht um Angelas und um meinetwillen tun. Aber sie ist wahrscheinlich nicht mehr die einzige Mitwisserin des sauberen Geheimnisses. Es gibt wohl auch andere, die es kennen; andere, denen du nicht den Mund verschließen kannst wie ihr!"

„Und diese anderen? Darf ich vielleicht auch erfahren, wer sie sind?"

„Ich mag dir ihre Namen nicht nennen, da ich vorläufig nur Vermutungen habe! Eine Mitwisserin aber gibt es ja nun jedenfalls, die du nicht zum Schweigen bringen kannst; es wäre denn, daß du das Herz hättest, sie umzubringen! Und diese eine bin ich! Meine Pflicht ist mir vorgezeichnet! Und ich wüßte nicht, womit du dir ein Recht auf meine Beihilfe erworben hättest! Damit vielleicht, daß du mein Leben zerstört hast? Gestern noch war ich das glücklichste Geschöpf von der Welt! Ein edler, ehrenhafter Mann hatte mich seiner Liebe gewürdigt! Er war entschlossen, mich zu seiner Frau zu machen! Jetzt aber — ? Wähnst du etwa, daß Herbert von Malzyn Paul Creters Tochter heiraten werde?"

„Ah, soll ich da schon wieder mit einem solchen Narren zu tun bekommen? Was geht es diesen Malzyn an, wer etwa noch hinter dem reichen und angesehenen Bankier Volkhardt stecken mag? Was braucht er überhaupt davon zu wissen?"

„Genau das hatte ich von dir zu hören erwartet, Papa! Aber du wirst mir schon erlauben müssen, in dieser Sache anderer Meinung zu sein als du! Und ich weiß, daß ich auch die Mama und Angela auf meiner Seite habe! Du weißt, welche Aufgabe Herbert von Malzyn sich gestellt hat. Er will nicht ruhen, bis er den Mann zur Verantwortung gezogen hat, der seinen unglücklichen Verwandten um sein Eigentum brachte, und der vor Gott verantwortlich ist für den Tod des letzten Besitzers von Buchwalde! Du hast es aus seinem eigenen Munde gehört; denn er sagte dir's ja ins Gesicht! Noch ist er der Meinung, daß der Grund und Boden, auf dem wir leben, und der vielleicht von Rechts wegen ihm gehört, durch einen regelrechten Kauf aus den Händen Paul Creters in die deinigen übergegangen sei! Was aber wird er sagen, wenn er erfährt, wie es in Wahrheit um diese Dinge beschaffen ist?"

„Das Mädel ist toll!" rief Volkhardt, der sich umsonst bemühte, sein Unbehagen zu verbergen. „Das alles ist doch ein ganz verrücktes Geschwätz!"

„Dir mag es so scheinen, Papa; aber doch wohl nur deshalb, weil dein Sittengesetz ein anderes ist als das meine! Du hältst es vielleicht für möglich, daß ich Herbert trotzdem heiraten, daß ich mir durch einen schändlichen Betrug das Glück seiner Liebe erschleichen könnte! Aber du bist im Irrtum! Ich kann mich wohl damit abfinden, unglücklich zu werden, nicht aber damit, mich selbst verachten zu müssen!"

„Du hast also wirklich die blödsinnige Idee, ihm zu erzählen, daß ich — —?"

„Ich weiß noch nicht, was ich tun werde! Jedenfalls werde ich mir die Freiheit meiner Entschließung vorbehalten! Und ich bin sicher, daß ich Mamas und Angelas Zustimmung haben werde, wenn ich irgend etwas Entscheidendes tue!"

Volkhardt warf einen raschen, lauernden Blick auf seine Frau und auf seine ältere Tochter. Was er auf ihren Gesichtern las, schien nicht danach angetan, ihm die Sachlage in einem hoffnungsvolleren Lichte zu zeigen. Und die Befürchtungen, die ihn seit seiner Auseinandersetzung mit Blanche Wallberg erfüllten, regten sich stärker als zuvor in seinem Herzen. Ueber die Folgen und die Tragweite der angedrohten Entpüllung machte er sich ja durchaus keine Illusionen. Wenn man hier erfuhr, daß der Besitzer von Buchwalde der berüchtigte Wucherer Paul Creter war, so war an ein längeres Verweilen in dieser Gegend gar nicht zu denken. Wahrscheinlich hätte sich nicht einmal ein anständiger Dienstbote gefunden, der eingewilligt hätte, im Solde einer solchen Herrschaft zu stehen. Von allerlei anderen peinlichen Konsequenzen ganz abgesehen.

(Fortsetzung folgt.)

Unter falscher Flagge.

Roman von M. With.

(Nachdruck verboten.)

Da hielt Paul Volkhardt nicht länger an sich, sondern fuhr heftig auf:

„Was unterstehst du dich? Was für ein Ton ist das? Und was sollte deine naseweise Bemerkung von einer belauschten Unterhaltung zwischen mir und der Baronin bedeuten?"

„Ich glaube, Papa, daß ich dir darüber nicht erst Aufklärung zu geben brauche; denn du wirst dich der Einzelheiten dieses Gespräches ohne Zweifel sehr wohl erinnern! Ich möchte dich vielmehr meinerseits fragen, was du nun eigentlich zu tun gedenkst!"

Außer sich vor Erregung, trat er mit geballter Faust auf sie zu; vor dem furchtlosen Blick seines Kindes aber ließ er den schon erhobenen Arm wieder sinken.

„Du solltest wenigstens daran denken, daß auch Mama und Angela anwesend sind!" fuhr sie mit unerschütterlicher Festigkeit fort. „Und um ihretwillen solltest du dich beherrschen! Ich habe doch wohl ein Recht, dich zu fragen, ob die Baronin Wallberg die Wahrheit sprach, als sie erklärte, du und Paul Creter, ihr seiet eine und dieselbe Person!"

Volkhardt atmete schwer. Aber nachdem er einmal mit schweren Schritten auf und nieder gegangen war, blieb er mit auf dem Rücken gekreuzten Händen vor Gerda stehen.

„Und wenn es so wäre, was ginge es dich an?"

„Darüber werde ich mich äußern, sobald ich die Bestätigung erhalten habe, um die ich dich gebeten! Die Anklage der Baronin war also berechtigt?"

„Anklage?" wiederholte er mit einem dröhnenden Auflachen. „Es wird wahrhaftig immer besser! Bin ich vielleicht ein Verbrecher?"

„Auf diese Frage mit ‚Ja' zu antworten, habe ich kein Recht! Aber wenn du wirklich der Mann bist, den man in Berlin unter dem Namen Paul Creter kennt, so bin ich noch weniger imstande, nein zu sagen. Ich habe einen Zeitungsartikel über Paul Creter gelesen, einen Artikel, in dem ausdrücklich gesagt war, daß der Mann alle früheren Beschuldigungen desselben Blattes stillschweigend eingesteckt habe, wahrscheinlich, weil er wisse, daß man jede der aufgestellten Behauptungen vor Gericht erweisen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211013-19/fragment/page=0005

ist, mußte ich den Kampf gegen uns führen. Ich habe dabei alle unlauteren Kampfesmittel vermieden und den Schmutz, den man mir zugetragen hat, auf die Seite geworfen. Selbst in der Frankfurter Zeitung wurde zugegeben, daß Erzberger aus dem Prozeß mit mir nichtmakellos hervorgegangen ist, und daß er infolgedessen kein obrigkeitliches Amt mehr bekleiden kann. Der Reichskanzler hätte die Verpflichtung gehabt, nach dem Morde an Erzberger Oel auf die Wogen zu gießen, statt dessen hat er Oel ins Feuer gegossen. Wenn Wirth fortwährend von christlicher Liebe und von deutscher Brüderlichkeit spricht, so haben seine Handlungen nichts mit dem zu tun. Wenn eine Regierungskoalition zustande kommt, auch ohne uns, die eine Wendung zum Besseren aibt, freuen wir uns. Wir werden ihr keinen Knüppel zwischen die Beine werfen. Wir fürchten, daß die Deutsche Volkspartei den weiteren Zug nach Links nicht verhindern kann.

Keine Immunität für Staatsratsmitglieder.

Aus dem Preußischen Staatsrat, der am gestrigen Dienstag wieder zusammentrat, ist Oberpräsident Hörsing ausgeschieden. An seine Stelle ist Landrat Bergemann (Calbe a. S.) getreten. Den Antrag der Kommunisten und Unabhängigen betreffend Aussetzung des Strafverfahrens gegen das Staatsratsmitglied Redakteur Schlosser (Komm.) beantragt der Verfassungsausschuß abzulehnen, da die Mehrheit der Ansicht war, daß den Staatsratsmitgliedern kein verfassungsmäßiges Immunitätsrecht zustehe. Auch gelte Immunität nur für eine bestimmte Sitzungsperiode, die für den Staatsrat nicht bestehe. Das Plenum beschloß entsprechend.

Debattelos wird angenommen der Entwurf über Erhöhung der Kataster-Fortschreibungsgebühren (Gebühr von 0,30 M vom Tausend des Wertes der Liegenschaften und Gebäude, mindestens jedoch 3 M).

Der Verfassungsausschuß gibt ferner Bericht über die Wahlprüfungen. Entsprechend seinen Anträgen werden alle Wahlen, auch die angefochtenen, für gültig erklärt. — Ein Verordnungsentwurf will die bisher vom Minister des Innern vorgenommenen Befreiungen vom Aufgebot dem Regierungspräsidenten überlassen. Das Haus erhebt keinen Widerspruch. — Zustimmung findet auch ein Gesetz, wonach die Ablösung von Reallasten nur in freier Uebereinkunft möglich sein soll. — Schließlich wird der Gesetzentwurf, der die Steuerverwaltung der jüdischen Synagogengemeinden auf die Reichsfinanzbehörden überträgt, gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

„National-Deutsch."

Der Verband national-deutscher Juden hatte kürzlich zu einer Versammlung in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule in Charlottenburg eingeladen, um mit einem Vortrag über den Begriff „national-deutsch" in der Erziehungsarbeit des Verbandes seine eigentliche Winterarbeit zu beginnen. Der Vortragende, Sanitätsrat Dr. Weyser, untersuchte die Frage, ob die internationale Denkungsart wirklich vor der nationalen, die von modernen Zeitströmungen so gern als rückständig abgelehnt werde, den Vorzug verdiene. Unter starker Betonung der Liebe zum Vaterland, die zahlreiche seit Generationen mit dem deutschen Boden verwurzelte Juden in ihrem Herzen tragen, kam er zu dem Ergebnis, daß man seine Gesinnung auf nationaler Denkunterlage wohl zu über nationaler erweitern dürfe, daß aber diese nationale Denkunterlage für jeden deutschen Juden ebenso wie für jeden deutschen Christen das Primäre sei und bleiben müsse. Eine harmonische Vereinigung von Deutschtum und Judentum hält er, bei verständnisvoller Annäherung der besten Juden und der besten Richtungen für möglich. Die Juden müßten auf einen Teil ihrer Empfindlichkeit gegenüber Angriffen aus dem anderen Lager verzichten, Schwächen und Fehler ihrer Stammesgenossen zu bekämpfen sich entschließen, während auf nichtjüdischer Seite zu verlangen sei, daß man bestimmten Besonderheiten der jüdischen Wesensart Rechnung trage. Den echten Zionismus erkennt der Redner an, jüdisch-nationales Mitläufertum hält er für ein Kunstprodukt. Als Aufgabe des Verbandes, dessen parteipolitische Neutralität scharf hervorgehoben wurde, bezeichnet er: Verständigungsarbeit nach außen, Erziehungsarbeit nach innen, insbesondere Arbeit an der Jugend die von Seelenfängern aller Art bedroht sei.

In der Aussprache kamen Vertreter der verschiedensten Berufe und Altersstufen zum Wort. Dr. Naumann, der Vorsitzende des Verbandes, berichtete über die Aufnahme, die dessen bisherige Arbeit in der politischen Oeffentlichkeit gefunden hat. Gerade jetzt, wo alle positiven Kräfte des deutschen Volkes zu hingebungsvoller Gemeinschaftsarbeit gesammelt werden müßten, wolle auch der Verband national-deutscher Juden im Sinne des Zusammenstehens aller aufbaufreudigen Elemente des Volkes wirken. Der Verband habe bereits mit maßgebenden Faktoren des öffentlichen Lebens Fühlung genommen und werde, unbeirrt durch Angriffe von jüdischer und von nichtjüdischer Seite seine Arbeit fortsetzen.

Französische Uebergriffe.

In Rheinhessen sind eine Anzahl von Gemeindejagden durch die französische Besatzungsbehörde beschlagnahmt, den deutschen Pächtern weggenommen und französischen Offizieren übertragen worden. Alle Beschwerden waren erfolglos. Die Regierung wird jetzt im Reichstage aufgefordert werden, gegen diese Gewaltätigkeit entschieden vorzugehen.

Die verunglückte bolschewistische Eismeerexpedition.

Aus Helsingfors wird uns geschrieben:

Im August dieses Jahres rüstete die Sowjetregierung zwei Expeditionen aus, die von Murmansk bezw. Archangel nach dem Mündungsgebiet des Ob und Jenissei in Nordsibirien fahren sollten, um von dort sibirisches Getreide nach Nordrußland zu bringen. Die Navigationsschwierigkeiten im Karischen Meere verursachten den Bolschewisten kein Kopfzerbrechen, vielmehr erklärten sie, daß die Ueberwindung derselben der bolschewistischen Schiffstechnik nicht die geringsten Schwierigkeiten machen werde und daß es bürgerliche Vorurteile seien, an der Aufrechterhaltung eines ständigen Schiffsverkehrs nach Nordsibirien zu zweifeln! Die Prahlereien der Sowjetregierung sind aber gründlich bestraft worden. Die Sowjetpresse berichtet über die Katastrophe, welche die bolschewistische Eismeerexpedition ereilt hat. Schon vor einiger Zeit traf die Nachricht ein, daß einer der größten Dampfer der Expedition, der „Jenissei" auf der Rückfahrt nach Archangel mit samt der Getreideladung untergegangen ist. Die Besatzung ist gerettet worden. Nunmehr liegen Nachrichten über den Untergang des zweiten großen Dampfers „Ob" vor. Von der 22 000 Pud großen Getreideladung sind 7000 Pud verloren, während es gelungen ist, den Rest auf den Dampfer „Malygin" umzuladen. Der „Ob" ist zwischen Packeis geraten und zerdrückt worden. Dasselbe Schicksal ist den Dampfern „Nisa" und „Xenia" zuteil geworden. Bei der Weißen Insel sind die Schiffe von einem Sturme überrascht und gegen das Eis getrieben worden, wo sie untergegangen sind. Mit dem Dampfer „Nisa" sind 120 000 Pud Getreide und mit der „Xenia" 30 000 Pud verloren gegangen, während die Besatzung auch hier gerettet werden konnte. Die Fälle sind typisch für das Sowjetsystem! Die erstgenannt enSchiffe „Ob" und „Jenissei" gehörten zu den unter dem Befehle Sverdrups, des bekannten Begleiters von Nansen, stehenden Teil der Eismeerexpedition.

Aus Stadt und Umgebung

Rudolf Virchow.

* Heute sind seit der Geburt des um die öffentliche Gesundheitspflege und die wissenschaftlichen Forschungen außerordentlich verdienten, nicht hoch genug zu schätzenden Pathologen und Anthropologen Rudolf Virchow hundert Jahre vergangen. Der Name Virchow bedeutet einen der hellstrahlensten Sterne am Himmel deutscher wissenschaftlicher Forschung; mit Virchows Name ist ein ganzes Strahlenbündel von neuen hochwertigen Erkenntnissen verknüpft! So schätzen wir ihn als den Begründer der Zellularpathologie, jener Lehre, nach der alle Lebenstätigkeit des gesunden und kranken Körpers von der Zelle ausgeht (im Gegensatze zur Humoralpathologie, die die Flüssigkeiten und Säfte — humores —, sowie der Solidarpathologie, die die festen Teile — solida — des Körpers bezw. der Nerven als Ausgangspunkt der Krankheiten betrachtet). Großes hat Virchow auch auf den Gebieten der Kanalisation, Desinfektion, Schulhygiene, des Lazarettwesens geleistet. Nicht minder sind seine Arbeiten über Rassen, Schädelmessungen usw., nicht zuletzt seine Veranstaltungen von Ausgrabungen hochbedeutungsvoll. Wir haben es also mit einem Manne zu tun, der mit genialem Blick in die verschiedensten Richtungen der Wissenschaft erhellend eindrang und uns wertvollste Erkenntnisse vermitteln half. In dem kleinen Orte Schivelbein in Pommern geboren, wurde Rudolf Virchow 1849 Professor in Würzburg, erhielt aber später einen Ruf nach Berlin, wo er bis zu seinem Tode tätig war. Wie so mancher Gelehrte verirrte sich Virchows genialer Geist auf dem Gebiete der Politik, indem er die Fortschrittspartei mit begründete und damit in scharfe Opposition zum Fürsten Bismarck trat. Bis 1893 war Virchow Mitglied des Abgeordnetenhauses und des Reichstages. Als Gelehrter von Weltruf hielt er das Nationalgefühl für veraltet und fühlte sich als Kosmopolit, trotzdem er an Deutschland und speziell an Berlin mit allen Fasern hing. Virchow starb am 5. September 1902 in Berlin.

Aus Provinz und Reich

Das Urteil im Velberter Hochverratsprozeß.

† Leipzig, 12. Okt. Im Velberter Hochverratsprozeß wurde heute nachmittag das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: Der Schlosser Wilhelm Graß aus Velbert wegen Hochverrats zu 5 Jahren 6 Monaten Festung; wegen Beihilfe zum Hochverrat der Schlosser Franz Waltersbach aus Velbert zu drei Jahren Festung, der Dreher Wilhelm Hähner aus Velbert, der Schlosser Karl Dietz aus Velbert, der Friseur Max Schröder aus Düsseldorf, der Erdarbeiter Wilhelm Stoß aus Velbert, der Maschinist Paul Düppers aus Velbert und der Schlosser Ernst Gothmann aus Velbert zu je zwei Jahren Festung, der Kaufmann Hans Maßen aus Velbert zu einem Jahr sechs Monaten Festung, der Former Ewald Schroth aus Velbert und Frau Therese Stoß zu je einem Jahr drei Monaten Festung, und wegen Nötigung begangen in Gemeinschaft mit anderen, der Optiker Erich Löwenthal aus Elberfeld zu drei Monaten Gefängnis. Freigesprochen wurde der Kaufmann Arthur Thomas aus Düsseldorf. Den Angeklagten wird der größte Teil der erlittenen Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. Bei Löwenthal wird die Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt, da sie nicht aus ehrloser Gesinnung gehandelt haben und des festen Glaubens waren, einer guten Sache zu dienen.

Schwerer Unglücksfall.

† Borna, 10. Okt. Heute vormittag hat ein Arbeiter von Braunkohlenwerk Borna auf seinem Felde, das auf Lobstädter Flur liegt, Kartoffelkraut zusammengetragen und verbrennen wollen, als auf einmal ein Schuß aus einer Infanteriepatrone losging, die sich unter dem Kartoffelkraut befand. Dem Arbeiter wurde das eine Bein zerschmettert. Er fand Aufnahme im Leipziger Krankenhause.

Das Ende der städtischen Amtsketten in Berlin.

† Berlin, 12. Okt. Die Revolution hat in Berlin auch mit dem Wahrzeichen der früheren städtischen Selbstverwaltung, den Amtsketten der Stadträte, Stadtverordneten und Bezirksvorsteher ein Ende gemacht. Da die Amtsketten bei sicherlich Anlüpfen nicht mehr getragen werden, hat der Magistrat beschlossen, sie einzuziehen. Die Bezirksvorsteher sind ersucht worden, die Ketten an den Magistrat abzuliefern.

Neue Ausschreitungen im Berliner Kellnerstreik.

† Berlin, 12. Okt. In den letzten Tagen haben eine größere Anzahl Betriebe ihre Pforten wieder geöffnet, da sie genügend arbeitswilliges Personal zur Verfügung haben. Der Zulauf des arbeitswilligen Personals hält an und löst auf der Seite der Streikenden Erbitterung aus, die sich in immer erneuten Standaktionen äußert. So wurde im Tauentzienpalast von einem streikenden Kellner eine große Ladenscheibe eingeworfen. Gegen 12 Uhr nachts wurden zwei Angestellte des Restaurationsbetriebes des Zoo beim Nachhausegehen von Streikenden überfallen, einer weiblichen Angestellten wurde, als sie sich in eine vorüberfahrende besetzte Droschke rettete, die Handtasche entrissen und der Inhalt teilweise geraubt; ein männlicher Angestellter wurde zu Boden gerissen und so schwer mißhandelt, daß er auf der Rettungswache am Zoo verbunden werden mußte. Die Bande, die diesen Ueberfall ausführte, bestand aus etwa 20 Mann. Wüste Ausschreitungen fanden auch am Kurfürstendamm und in der Jägerstraße statt. Hier wurden Geschäftsführer, Arbeitswillige und auch Gäste verprügelt. An Schneiders Hotel in der Königstraße drang ein etwa 200 Mann starker Trupp, mißhandelte Kellner und Gäste und mußte durch Beamte der Schutzpolizei vertrieben werden.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Der Handel vom Tage.

Berlin, 12. Okt. Der Dollarkurs ist heute auf 133 M und der Kurs der polnischen Noten auf 3,60 M emporgeschnellt. Das ist die erste Wirkung der weiteren Nachrichten aus Genf, wonach der Verlust großer und noch dazu besonders wertvoller Teile Oberschlesiens für Deutschland leider nicht mehr zweifelhaft sein kann. Der Völkerbundsrat hat sich sogar einstimmig für die Teilung dieser urdeutschen Provinz ausgesprochen und hiermit die Fülle von Widerrechtlichkeiten, Treubrüchen und sonstigen Gemeinheiten, die uns seit November 1918 verdientermaßen widerfahren sind, auf einen neuen Höhepunkt getrieben. Nur unverbesserliche Optimisten vermögen noch die Hoffnung zu teilen, daß es unausgesetzten Beratungen und Protesten der Wirthregierung gelingen könnte, an dieser unheilschweren Entscheidung noch etwas zu ändern. Wie in vielen ähnlichen Fällen wird Herr Dr. Wirth auch dieses Mal das üblich gewordene inhaltschwere „zu spät" entgegentönen, und wir werden uns abermals dem Vernichtungswillen unserer Gegner fügen müssen. Dringend zu fordern bleibt aber, daß nunmehr das Ueberbieten in Bereitwilligkeit und Dienstbeflissenheit gegenüber Frankreich und seinen Pfennigfuchsern endlich aufhört und daß jetzt unser Schicksal, das zugleich das der Alliierten sein wird, ungehemmt seinen Lauf nimmt. Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit wird auch in seinen letzten Resten gerade in dem Augenblick völlig lahmgelegt und endgültigst erdrückt, wo von uns die großen Reparationsleistungen gefordert werden, deren Erfüllung nunmehr auch für Herrn Rathenau ein Ding der Unmöglichkeit sein dürfte. Die Börse beantwortete diese neue schwere Niederlage, die alles bisher Dagewesene an unheilvoller Wirkung noch überträgt, mit einer abermaligen sprungweisen Steigerung der Devisenkurse, die heute einen neuen Höchststand erreichten. Der Dollar sprang um über 10 M oder über 200 Prozent auf 133 M, der holländische Gulden um 4 M auf 44 empor. Dabei war die Nachfrage stürmisch und dringlich und kaum zu befriedigen. Spekulation und Hamsterei verschärften wieder die Marklage. Kennzeichnend und empörend zugleich ist, daß auch der Kurs der polnischen Noten, deren Wertlosigkeit offenkundige Tatsache ist, durch die Genfer Meldungen heute von 2,50 auf 3,60 deutsche Mark (für 100 polnische Mark) in die Höhe gesetzt wurde.

Die hohen Eierpreise.

Im Frühjahr d. J. machte sich allgemein, wie es schließlich auch nicht anders zu erwarten war, ein Rückgang der Eierpreise bemerkbar und man konnte, wenn auch nicht wie in der Vorkriegszeit, so doch aber zu einigermaßen erschwinglichen Preisen Eier kaufen. Das wilde Hamstern auf dem Lande hatte denn auch schon ganz aufgehört und der reelle Handel konnte seine alten Geschäftsbeziehungen wieder in Gang bringen. Die Verhältnisse haben sich bedauerlicherweise in den letzten Monaten wieder wesentlich geändert. Allgemein klagt man seit langer Zeit über ungenügende Zufuhren und seit Juli d. J. macht sich wieder eine rapide Aufwärtsbewegung bemerkbar. Abgesehen davon, daß während der Reisezeit die Eier in den Erzeugergebieten aufgekauft und verbraucht werden, ließen die Zufuhren auch nach der Ferienzeit zu wünschen übrig und wie aus der nachstehenden Aufstellung ersichtlich, zogen die Preise denn auch recht erheblich an und zwar notierten im Großhandel pro 1000 Stück in Mark im:

	August	September
Berliner Markt	1630—1800 M	1800—2200 M
Sächsischer Markt	1550—1700 „	1700—2200 „
Oldenburger Markt	1470—1700 „	1700—2050 „
Schlesischer Markt	1450—1800 „	1800—2000 „
Süddeutscher Markt	1450—1650 „	1650—1950 „
Westdeutscher Markt	1650—1950 „	1850—2250 „

Nachdem nun die Hauptlegezeit vorrüber ist, werden auch die Zufuhren immer geringer, so daß die Aussichten auf eine Senkung der Preise immer unwahrscheinlicher werden.

Wie für alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse als Obst, Gemüse, Kartoffeln, Getreide, Vieh usw. die Preise fortgesetzt im Steigen begriffen sind, darf es natürlich nicht Wunder nehmen, daß auch die Eierpreise ständig in die Höhe gehen. Alle erlassenen Verfügungen gegen Wucher und Preistreiberei mit Lebens- und Genußmitteln haben die Aufwärtsbewegung der Preise nicht zum Stillstand gebracht und alle festgesetzten Erzeuger- und Handelspreise werden nach wie vor überschritten.

Berliner Viehmarkt vom 12. Oktober 1921.

Auftrieb 2446 Rinder, 1635 Kälber, 6065 Schafe, 6728 Schweine, 296 Ziegen, 728 Schweine aus dem Memelgebiet und 53 Litauer. Preise für 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 460—625, Bullen 400—625, Kühe 200—700, Kälber 460 bis 1200, Schafe 200—525, Schweine 1100—1425 M. Der Handel verlief bei Rindern und Schafen schleppend, es blieb Ueberstand. Bei Kälbern und Schweinen ruhig.

Berliner Fettmarkt vom 12. Oktober 1921.

Butter: Die andauernd kleinen Zufuhren und die hohen in der Auktion erzielten Preise zwangen die Kommission, die Notierung erneut stark heraufzusetzen. Die heutige Notierung ist: Einstandspreis per Pfund incl. Fass frei Berlin 1. Qualität 32—33 M, 2. Qual. 28—30 M, abfallende 18 bis 24 M.

Margarine: Rege Nachfrage.

Schmalz: Der Markt verlief zu Anfang der Woche in ruhiger Haltung bei kaum veränderten Preisen da die Packerfirmen an ihren hohen Forderungen festhalten und der unsichere Devisenmarkt keinen Anlaß zu größeren Käufen bot. Mitte der Woche wurde die Nachfrage reger weil infolge der ungünstigen politischen Lage eine Verschlechterung der Valuta und damit ein Steigen der Preise befürchtet wird. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 16,50 M, Pure Lard in Tierces 17,25 M, Pure Lard in kleinen Packungen 17,50 M, Berliner Bratenschmalz 17,50 M.

Speck: Mäßige Nachfrage. Gesalzener Rückenspeck notiert 16,50—17,50 M je nach Stärke.

Turnen, Spiel und Sport

Sportfest der Schutzpolizei.

Zum ersten Male konnte am vergangenen Sonntag die Sportabteilung der hiesigen Schutzpolizei mit einer größeren sportlichen Veranstaltung auf den Plan treten, um Zeugnis abzulegen von der fleißigen Trainingsarbeit innerhalb der Abteilung. Wenn man bedenkt, mit welch geringen Mitteln die Veranstaltung vorbereitet wurde, ja, daß sie überhaupt nur durch die in dankenswerter Weise von einigen hiesigen Geschäftsleuten gestifteten Ehren- und Siegerpreise möglich geworden war, dann muß man dem glänzenden Gelingen des Festes doppelten Wert beimessen und dem rührigen Sportausschuß besonderen Dank zollen. Möge das Interesse innerhalb unserer Einwohnerschaft gerade am Militärsport auch weiterhin rege wach erhalten bleiben, damit der gesunde Sportsgeist unserer Schupoabteilung auch ferner zur vollen Ausgestaltung kommen kann!

Die Tätigkeit auf dem Kasernenhof begann am Sonntag nachmittag ½3 Uhr mit dem Kranzfußballwettspiel zwischen den Mannschaften der Halleschen und hiesigen Schupo. Durch einen überraschend glatten 8:0-Sieg erkämpften sich die Merseburger den von ihnen selbst gestifteten herrlichen Kranz mit Schleife. Auch der Faustballwettkampf zwischen der Schupo und dem Sportverein 99 sah die Militärmannschaft mit 41:29 Punkten siegreich. In den Pausen kam neben einem Tauziehenwettfireit, den die 2. Hundertschaft gewann, besonders die Leichtathletik zu Wort. Je eine Zmal 1000 Meter und 4mal 100 Meter Staffel wurde von den drei Hundertschaften gelaufen, wobei jedesmal die zweite Hundertschaft als Sieger hervorging (Zeit: 9,38 Min. und 52,5 Sek.). Während dieser Kämpfe spielte das hiesige Beamtenorchester ein schneidiges Platzkonzert, so daß sicherlich alle Besucher hochbefriedigt den Platz werden verlassen haben.

Am Abend fand im Feldschlößchen ein Sportkränzchen statt, zu dem Herr Bürgermeister Dr. Mosebach nebst Frau Gemahlin erschienen war. Nach einer kurzen Ansprache des Herrn Major Rangen überreichte Frau Bürgermeister den einzelnen Siegern die Preise und Diplome, womit der offizielle Teil des Festes sein Ende gefunden hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211013-19/fragment/page=0006